Wir laden Sie herzlich zur Einsendung themen- oder projektbezogener Beiträge ein. Thema der folgenden Ausgabe:

—

Ausgabe Dezember 2016
Megaprojekte in Tansania
Einsendung bis 15.11.2016

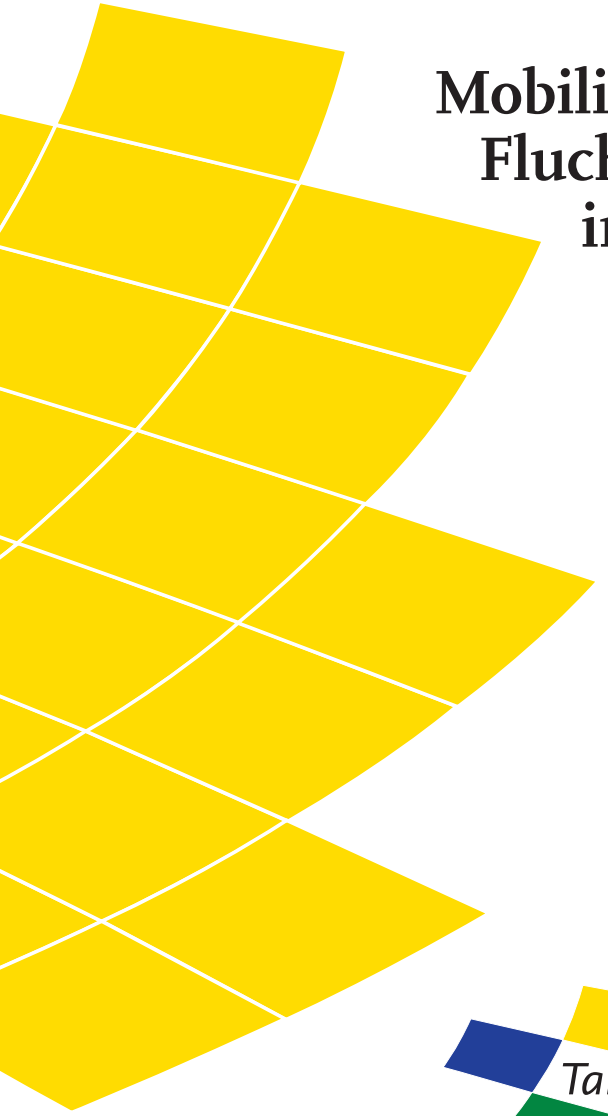
Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag von:

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

HABARI

September 2016

Mobilität, Migration Flucht – Aufbruch ins Ungewisse



Tanzania-Network.de e.V.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Versklavung, Menschenhandel, Arbeitsmigration, Flucht und Vertreibung: Migration existiert seit Anbeginn der Zeiten und ist oft der Antrieb für gesellschaftlichen Wandel. Die Redaktion hält es daher für wichtig, dem Thema – auch vor dem Hintergrund seiner Brisanz – eine eigene HABARI-Ausgabe zu widmen.

Um Ihnen den Einstieg in den komplexen Stoff zu erleichtern, haben wir Definitionen zentraler Begriffe sowie Statistiken am Anfang des Heftes platziert. Aktuell sind über 65 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen und Katastrophen. Während die deutschen Medien vor allem die Situation in europäischen Aufnahmeländern beleuchten, bleibt schnell vergessen, was sich in anderen Teilen der Erde abspielt. So ist Tansania seit Jahren ein wichtiges Aufnahmeland für Geflüchtete aus Burundi und trägt dadurch in hohem Maß zur Stabilität Ostafrikas bei. Der Beitrag von Hanno Brankamp gibt einen guten Überblick über den Burundi-Konflikt sowie die entsprechenden Reaktionen der tansanischen Flüchtlingspolitik seit den 1970er Jahren.

Die Lebensweise der Maasai als Halbnomaden steht vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Interessen als massiver Störfaktor gegenüber: Denn die Verantwortlichen zielen darauf ab, viel Land an (private) Investoren zu vergeben, um möglichst hohe Profite zu machen. Die von Arnold Kiel zusammengefassten Quellen dokumentieren, wie stark das Hirtenvolk von der aktuellen Entwicklung bedroht ist. Dass auch die ärmere ländliche Bevölkerung durch landwirtschaftliche Großprojekte zu Umsiedlungen gezwungen wird, thematisiert der Artikel von Alexa Lenz.

Bei sachlicher Herangehensweise gerät immer wieder außer Acht, dass sich hinter den Migrationsströmen einzelne Menschen mit ihren Biographien verbergen: Sie stecken voller Hoffnung auf eine gute Zukunft für ihre Familien und haben die Vorstellung von einem besseren Leben am Zielort. Durch Migration werden verschiedene Orte und Kulturen miteinander verwoben. So macht das Interview mit Julia Verne deutlich, dass Sansibari-Omanis eine Bevölkerungsgruppe

bilden, die erst durch Handelsbeziehungen entstanden ist und heutzutage immer noch eine besondere Stellung in der tansanischen Gesellschaft einnimmt.

Grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen bieten Chancen für MigrantInnen und Aufnahmeländer, sind häufig aber auch mit Problemen – nicht zuletzt für die Herkunftsstaaten – verbunden. Der Beitrag von Elisabeth Steinle-Paul behandelt die Problematik der Arbeitsmigration am Beispiel der Fachkräfteabwanderung im Gesundheitswesen.

Wir haben bewusst Artikel gewählt, die auf ganz unterschiedliche Weise Zugang zur Migrationsthematik finden. In der Hoffnung, dass Ihnen unsere Zusammenstellung gefällt, wünschen wir Ihnen viel Freude beim Lesen.

Für die HABARI-Redaktion
Melanie Deter

Aktuelles

Julian Friesinger und Jannis Saalfeld Tischtuch zwischen CCM und CUF zerschnitten – Ausweg aus politischer Krise in Sansibar schwierig 5

Thema: Mobilität, Migration, Flucht – Aufbruch ins Ungewisse

Melanie Deter Begriffsdefinitionen 10

Hanno Brankamp Ostafrikas Flüchtlinge: Bestandsaufnahme in Tansania 12

Arnold Kiel Flüchtlingssituation in Tansania – ein Rückblick 19

Aine Mushi / Elisabeth Steinle-Paul Flüchtlinge in Tansania – ein Überblick 23

Arnold Kiel Masaai und Migration 28

Melanie Deter Handelsbeziehungen zwischen Sansibar und Oman – Interview mit Julia Verne 31

Alexa Lenz Bundesregierung und Weltbank vertreiben Indigene Bevölkerung Tansanias 37

Elisabeth Steinle-Paul ... and there is no doctor! Fachkräfteabwanderung im Gesundheitswesen 40

Helga Lippert und Marisa Sann Schaffen wir das oder sind wir geschafft? – Impressionen aus Deutschland 44

Arnold Kiel Flüchtlinge in Deutschland und Tansania 48

Projekte und Partnerschaften

Laura Zoe Hake „3 for one goals“: face-to-face-Programm – Schulpartnerschaft auf Augenhöhe 52

Arnold Kiel Übersicht über Partnerschaften mit Tansania 54

Medien: Hinweise und Besprechungen

Arnold Kiel The Magic of Saida 55

Christel Kiel Blume des Trostes 57

Termine 59

Impressum 60

Tischtuch zwischen CCM und CUF zerschnitten – Ausweg aus politischer Krise in Sansibar schwierig

Julian Friesinger
machte in Leipzig und Daressalam den Bachelor in Afrikastudien und absolviert aktuell den Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung in Marburg.

Jannis Saalfeld
belegte in Leipzig Politikwissenschaft und Afrikastudien. In Tansania machte er unter anderem ein dreimonatiges Praktikum im Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

In Sansibar standen am 25. Oktober 2015 insgesamt vier Abstimmungen an: Republikweit fanden die tansanischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, die sansibarische Bevölkerung wählte zudem einen neuen Präsidenten und ein neues Repräsentantenhaus für das semi-autonome Inselarchipel. Vierzehn Parteien stellten Kandidaten. Maalim Seif Sharif Hamad für die Civic United Front (CUF), Vizepräsident Sansibars von 2010-2015, und Ali Mohamed Shein von Chama cha Mapinduzi (CCM), Präsident Sansibars von 2010-2015 und Vizepräsident von 2001-2010, traten dabei als Hauptkonkurrenten an. In der sonst kaum von ausgeprägten ideologischen Gegensätzen gekennzeichneten Wahl war die Rolle Sansibars innerhalb Tansanias zentraler Konfliktgegenstand der Abstimmung. Sharif Hamad forderte ein Mehr an Autonomie – sollte sie den Inseln jedoch nicht gewährt werden, sprach sich seine Partei CUF für die Abspaltung des Archipels aus. Die CCM trat für eine weitere Stärkung des semi-autonomen Status innerhalb der Republik im Rahmen der neuen Verfassung ein.[1]

Annullierung der sansibarischen Wahl im Oktober 2015 und Wiederholung im März 2016

Unmittelbar einen Tag nach der Wahl ernannte sich Sharif Hamad selbst zum Sieger,[2] obwohl die sansibarische Wahlkommission (ZEC) zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht alle Stimmen ausgezählt hatte. Die Ankündigung Hamads wurde umgehend von der CCM zurückgewiesen. Immer wieder verzögerte die Wahlkommission die Bekanntgabe der Ergebnisse. Tags darauf trat das Militär auf den Plan, sperrte den Auszählungsort der ZEC ab und hielt dort auch internationale Wahlbeobachter für mehrere Stunden fest. Jecha Salim Jecha, Vorsitzender der sansibarischen Wahlkommission, annullierte die Ergebnisse am 28. Oktober – und das offenbar im Alleingang. Seitens weiterer Kommissionsmitglieder, der CUF,[3] aber auch der US-Botschaft[4] und internationaler Wahlbeobachter der Europäischen und Afrikanischen Union sowie der Southern African Development Community[5] wurde das Vorgehen Jechas stark kritisiert. Bis zu diesem Zeitpunkt waren mehr als die Hälfte der 54 Wahlbezirke ausgezählt. Jecha warf den Kommissionsmitgliedern mangelnde Neutralität vor, berichtete von Handgreiflichkeiten innerhalb der Kommission und sprach davon, dass besonders in Pemba Unregelmäßigkeiten zu beobachten waren.[6] Trotz der nationalen wie auch internationalen Kritik unterstützte der neu gewählte tansanische Präsident Magufuli letztendlich die Wiederholung der Wahl in Sansibar. Aus dem Urnengang am 20. März 2016 ging Shein mit 91,4 Prozent als Sieger hervor, die CUF boykottierte die erneute Abstimmung.[7]

Verstärkte Repression gegen CUF-Anhänger

Bei der anschließenden Formierung des Kabinetts war Shein darum bemüht, sich nach der heftigen Kritik am Zustandekommen seiner Wiederwahl nun als überparteiliches, konsensorientiertes Staatsoberhaupt zu präsentieren, indem er den Präsidentschaftskandidaten der unbedeutenden Partei ADC, Hamad Rashid Mohamed, zum neuen Landwirtschaftsminister ernannte. Darüber hinaus berief er mit Juma Ali Khatib (ADA-Tadea) und Said Soud Said (AFP) zwei weitere Oppositionelle in seine Regierungsmannschaft, die insgesamt dreizehn Ministerien besetzt. Die faktische Wiederherstellung eines autoritär-repressiven Einparteienstaates

konnte der sansibarische Präsident mit solchen Maßnahmen allerdings kaum überdecken. Seit den Wiederholungswahlen kommt es auf lokaler und nationaler Ebene zum Beispiel immer wieder zu vorübergehenden Festnahmen von CUF-Politikern, die von den CCM-treuen Sicherheitsbehörden in der Regel mit zweifelhaften Aufwiegelungsvorwürfen begründet werden. Vor diesem Hintergrund verabschiedete das CCM-dominierte Repräsentantenhaus im Mai eine Erklärung, die zur Einleitung rechtlicher Schritte gegen Sharif Hamad aufruft, da er eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstelle.[8] Gleichzeitig sieht sich auch die Anhängerschaft der CUF wieder verstärkt staatlichen Repressalien ausgeliefert. Ein mehrtägiger Besuch Sharif Hamads in Ungujas Bezirk Kaskazini A wurde, ebenfalls im Mai, von massiver Polizeigewalt gegen CUF-Unterstützer begleitet, die sich zum Empfang ihres Generalsekretärs an den Straßenrändern versammelt hatten.[9] Genaue Angaben zu den Verletztenzahlen liegen allerdings nicht vor, da die Polizei Journalisten den Zugang zum Geschehen verweigerte. Von der Insel Pemba wiederum werden nächtliche Polizeistreifen und willkürlicher Tränengaseinsatz in CUF-nahen Dörfern gemeldet.[10]

Erneute Bildung einer Einheitsregierung zwischen CCM und CUF gilt als unwahrscheinlich

Dass die CCM gegenüber der CUF zum Konfrontationskurs früherer Tage zurückkehren würde, hatte sich bereits vor den Wiederholungswahlen deutlich abgezeichnet. So forderte Ali Karume, Sohn des ersten sanisbarischen Präsidenten Abeid Karume und neuer Minister für Infrastruktur, Kommunikation und Transport, öffentlich, dass das Amt des sansibarischen Präsidenten zukünftig mittels Verfassungsänderung für seine Partei reserviert werden sollte, da ansonsten eine Revision der sansibarischen Revolution durch die CUF drohe.[11] Derartigen Angriffen ausgesetzt, sieht sich die Parteiführung der CUF in einer äußerst schwierigen strategischen Lage. Die Option, mithilfe einer Massenmobilisierung die CCM-Regierung zu stürzen, scheidet für sie aus. Denn die tansanischen Sicherheitsbehörden haben mit ihrer umfassenden Präsenz während der Wahlen und ihrem repressiven Vorgehen gegen die CUF-Anhängerschaft mehr als deutlich gemacht, dass sie von der Unionsregierung aufgefordert sind,

Proteste gegen das Regime im Keim zu ersticken. Daher versuchen Sharif Hamad und Co. nun vor allem, die CCM auf internationaler Ebene zu diskreditieren. Eine Amerika-Reise im Juni nutze der CUF-Generalsekretär beispielsweise dazu, im Rahmen eines Vortrags für das Washingtoner Center for Startegic and International Studies seine Sichtweise auf das vergangene Wahlgeschehen darzulegen.[12] Außerdem verkündete er im Juli, eine niederländische Anwaltskanzlei damit beauftragt zu haben, mehrere tansanische Regierungsvertreter wegen nicht näher präzisierter Vergehen während der sansibarischen Wahlen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu verklagen.[13] Der Erfolg des Vorhabens ist allerdings genauso ungewiss wie sein Beitrag zur Lösung der aktuellen politischen Krise des Inselarchipels. Zum einzigen Ausweg dürften letztlich ein Dialog zwischen den Konfliktparteien und die erneute Bildung einer Regierung der nationalen Einheit führen. Die gegenwärtig fortschreitende Polarisierung des Parteienwettbewerbs lässt die Realisierung dieses Szenarios jedoch in weite Ferne rücken.

Quellen:

1. Kamndaya, Samuel (2015): „Maalim Seif: This is my plan for Z'bar after 2015 polls." The Citizen, 22.2.2015, Online: http://www.thecitizen.co.tz/News/national/Maalim-Seif--This-is-my-plan-for-Z-bar-after-2015-polls/-/1840392/2631738/-/ejabjk/-/index.html (letzer Zugriff: 4.8.2016); BBC Swahili (2015): „Muungano wa Zanzibar na TZ wajadiliwa." BBC Swahili, 21.10.2015, Online: http://www.bbc.com/swahili/medianuai/2015/10/151021_tanganyika-zanzibar (letzter Zugriff: 2.8.2016).

2. Maalim Seif Sharif Hamad (2015a): „Matokeo ya Uchaguzi Rais 2015 Zanzibar", Online: https://www.youtube.com/watch?v=FGTSSGBwaOg (letzter Zugriff: 2.8.2016).

3. Maalim Seif Sharif Hamad (2015b): „Tamko la CUF baada kufutwa Uchaguzi Zanzibar.", Online: https://www.youtube.com/watch?v=l3ULmKzlBio (letzter Zugriff: 2.8.2016).

4. Embassy of the United States Dar es Salaam (2015): „U.S. Embassy Statement on Elections in Zanzibar.", Online: http://tanzania.usembassy.gov/pr_10282015a.html (letzter Zugriff: 3.8.2016).

5. Zanzibariyetu (2015). „Jonathan-led Commonwealth Group, US, EU, AU Express Concern over Zanzibar Polls Cancellation“ Zanzibariyetu, 30.10.2015, Online: https://zanzibariyetu.wordpress.com/2015/10/30/jonathan-led-commonwealth-group-us-eu-au-express-concern-over-zanzibar-polls-cancellation/ (letzter Zugriff: 4.8.2016).

6. Jecha Salim Jecha (2015): „Tume ya Uchaguzi Zanzibar (ZEC), yafuta Uchaguzi.“, Online: https://www.youtube.com/watch?v=U0Z20F-izRk (letzter Zugriff: 2.8.2016).

7. Tume ya Uchaguzi wa Zanzibar (2016): „Matokeo ya Uchaguzi ya Urais wa Zanzibar, Tarehe 20 Machi 2016.“, Online: http://zecblogu.blogspot.co.ke/2016/03/matokeo-ya-uchaguzi-ya-urais-wa.html (letzter Zugriff: 1.8.2016).

8. Ali, Hassan (2016a): „Maalim Seif asimamisha shughuli Zanzibar.“ Mwananchi, 1.6.2016, Online:http://www.mwananchi.co.tz/habari/Maalim-Seif-asimamisha-shughuli-Zanzibar/1597578-3227380-yp088w/index.html (letzter Zugriff: 1.8.2016).

9. Ali, Hassan (2016b): „Maalim Seif atikisa Zanzibar.“ Mwananchi, 29.5.2016, Online: http://www.mwananchi.co.tz/habari/Maalim-Seif-atikisa-Zanzibar/1597578-3223640-a5ec/index.html (letzter Zugriff: 1.8.2016).

10. Ali, Hassan (2016c): „Doria usiku yawatisha wananchi Pemba.“ Mwananchi, 13.6.2016, Online: http://www.mwananchi.co.tz/habari/Doria-usiku-yawatisha-wananchi-Pemba/1597578-3247142-mfxp20/index.html (letzter Zugriff: 1.8.2016).

11. Karume, Ali (2016): „CCM pekee iwe inasimamisha mgombea urais Zanzibar.“ Mwananchi, 12.3.2016, Online: http://www.mwananchi.co.tz/habari/-CCM-pekee-iwe-inasimamisha-mgombea-urais-Zanzibar-/1597578-3113858-1y3q21z/index.html (letzter Zugriff: 2.8.2016).

12. Center for Strategic and International Studies (2016): „The Zanzibar Elections: Democracy Deferred.“ Online: https://www.csis.org/events/zanzibar-elections-democracy-deferred (letzter Zugriff: 2.8.2016).

13. Butahe, Fidelis (2016): „CUF yatekeleza dhamira ICC.“ Mwananchi, 23.7.2016, Online: http://www.mwananchi.co.tz/habari/CUF-yatekeleza-dhamira-ICC/1597578-3307090-it-kskf/index.html (letzter Zugriff: 2.8.2016).

Begriffsdefinitionen

Melanie Deter
ist seit 2015 Mitglied der HABARI-Redaktion. Sie leistete einen einjährigen Freiwilligendienst in Tansania. Aktuell studiert sie Geographie mit dem Schwerpunkt Globalisierung und Entwicklung im Master an der Universität Bonn und engagiert sich unter anderem im politischen Bildungsbereich.

MigrantInnen

Für die Gruppe von MigrantInnen gibt es unterschiedliche Definitionen. Allgemein wird Migration als Wechsel des Wohn- und Lebensmittelpunktes über nationale Grenzen hinweg bezeichnet (vgl. Heckmann 2015). Migrationsarten werden außerdem nach Freiwilligkeit, zeitlichem Aufenthalt und rechtlichem Zugang zum Aufnahmeland unterschieden (vgl. Heckmann 2015). Aus Sicht ihres Herkunftslandes sind MigrantInnen AuswanderInnen (EmigrantInnen), aus Sicht des Aufnahmelandes EinwanderInnen (ImmigrantInnen). Die Umschreibung „Menschen mit Migrationshintergrund“ fasst MigrantInnen sowie ihre Nachkommen unabhängig von der tatsächlichen Staatsbürgerschaft zusammen. Flüchtlinge gelten nach dieser Auffassung als spezielle Gruppe von MigrantInnen.

Flüchtlinge

Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention definiert, welche Personengruppen als Flüchtlinge zählen. Als Flüchtling gilt demnach eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer ‚Rasse‘, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will“ (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951).

KritikerInnen äußern, dass individuelle Entscheidungen oder andere Faktoren im Herkunftsland – wie Naturkatastrophen und Armut – für die Einstufung keine Berücksichtigung finden (vgl. Jöris 2015). Während bereits anerkannte Geflüchtete – also Menschen, denen gemäß internationaler Abkommen Schutz zu gewähren ist – den offiziellen Status als Flüchtlinge erhalten, verstehen Behörden unter AsylbewerberInnen Menschen, die noch auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten.

Binnenvertriebene

Binnenvertriebene (auch: Binnenflüchtlinge; englisch: Internally Displaced Persons – IDPs) sind Menschen, die innerhalb ihres eigenen Landes fliehen. Sie stellen eine der größten Gruppen von schutzbedürftigen Menschen dar: Bis Ende 2015 galten ca. 40,8 Millionen Menschen als binnenvertrieben. Dabei verlassen sie ihre Heimatregion aus denselben Gründen wie Flüchtlinge, doch nur selten erhalten sie rechtlichen oder physischen Schutz. Es gibt keine speziellen völkerrechtlichen Instrumente für Binnenvertriebene, und allgemeine Übereinkommen wie die Genfer Konventionen lassen sich in vielen Fällen nur schwer anwenden (UNHCR o.J.).

Quellen:

Jöris, L.: Wider den Begriff „Flüchtling“: Zu den Hintergründen eines scheinbar neutralen Begriffes. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, 2015

Heckmann, F.: Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Wiesbaden, 2015

UNHCR: Genfer Flüchtlingskonvention, o. J., Online unter: http://www.unhcr.de/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html (letzter Abruf: 15.08.2016)

Ostafrikas Flüchtlinge

Hanno Brankamp
promoviert an der School of Geography and the Environment der Universität Oxford (GB). Er forscht zur Flüchtlingssituation in Ostafrika.

BESTANDSAUFNAHME IN TANSANIA

Nyarugusu im Westen Tansanias ist eines der größten Flüchtlingslager weltweit. Es wurde 1996/1997 errichtet. Heute ist aus der einst behelfsmäßigen Zeltstadt eine große Siedlung mit selbstgebauten Ziegel- und Lehmhäusern geworden.

Eine rotbraune Staubpiste, die in der Regenzeit morastig und teilweise unpassierbar ist, führt aus dem tansanischen Ort Kasulu – der Außenstelle des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR – ins eineinhalb Stunden entfernte Nyarugusu. Inmitten eines Waldstücks fanden in der Kigoma-Region zunächst Flüchtlinge aus Süd-Kivu, DR Kongo temporär eine Unterkunft, später Burundier. Rund um das Lager liegen kleine Felder, auf denen tansanische Kleinbäuerinnen Getreide und Gemüse anbauen. Den Flüchtlingen im Lager ist dies jedoch nicht erlaubt. Sie erhalten Nahrungsmittelhilfe vom Welternährungsprogramm.

Nachdem die tansanischen Behörden und der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge UNHCR Ende Dezember 2012 das mehrheitlich burundische Nachbarlager Mtabila geschlossen hatten und dessen 34.000 Bewohner nach Burundi zurückgeführt worden waren, blieb Nyarugusu als letztes Flüchtlingslager Tansanias in Betrieb. Im Jahr 2013 kam die überwiegende Mehrheit der BewohnerInnen aus der Demokratischen Republik Kongo, von 68.000 Menschen waren nur 3.000 Burundier.

Doch dies änderte sich mit der jüngsten Burundi-Krise. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2015 verließen über 230.000 Burundier

das ostafrikanische Land aus Angst vor Gewalt und dem möglichen Rückfall in einen Bürgerkrieg, der erst 2005 zu Ende gegangen war. Davon flohen allein 120.000 Menschen ins benachbarte Tansania. Schnell stieg die Zahl der Flüchtlinge in Nyarugusu auf über 160.000. Exilierung, Vertreibung und anschließende Rückkehrbewegungen üben schon seit Jahrzehnten einen spürbaren Einfluss auf die lokale Politik, die Wirtschaftsentwicklung und das gesellschaftliche Gefüge in Ostafrika aus.

Ostafrikas Lagerlandschaften

Nach Angaben des UNHCR ist Afrika heute der Kontinent mit dem größten Flüchtlingsaufkommen weltweit. 2015 schätzte das Hilswerk die Gesamtzahl der Menschen, die durch Flucht nationale Grenzen in Afrika überschritten haben, auf über vier Millionen. Zusammen mit Binnenvertriebenen (internally displaced persons, kurz IDPs), die offiziell keinen Flüchtlingsstatus haben, aber dennoch unter ähnlich prekären Zuständen leiden, beläuft sich die Gesamtzahl der Geflüchteten in Afrika auf über 15,4 Millionen.

Auf dem Weg nach Nyarugusu
Foto: Hanno Brankamp

Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch um einiges höher. Besonders betroffen sind das Horn von Afrika und die Region der Großen Seen, in denen anhaltende postkoloniale Konflikte und staatliche Instabilität zur Entstehung von regelrechten Fluchtgesellschaften geführt haben. Schätzungsweise 81 Prozent aller afrikanischen Flüchtlinge und IDPs leben im östlichen Afrika.

Bereits 1972 waren hunderttausende Burundier – meist Hutu – vor ethnischen Säuberungen durch die Tutsi-dominierte Armee in tansanische Flüchtlingscamps geflohen. Mit Neubeginn des burundischen Bürgerkriegs 1993 entstanden immer mehr Lager entlang der tansanischen Grenze. Auch Ruanda erlebte während des Genozids 1994 einen Massenexodus. Am 28. April 1994 überquerten innerhalb von 24 Stunden über 200.000 fliehende Ruander die Grenzbrücke zu Tansania bei Rusumo Falls, sie suchten ebenfalls Schutz in Lagern des UNHCR. Darüber hinaus wurden durch die anschließenden Kongokriege (1996-1997 und 1998-2003) über zwei Millionen Menschen innerhalb der Demokratischen Republik Kongo sowie in die Nachbarstaaten Ruanda, Burundi, Uganda und Tansania vertrieben. Aufgrund seiner geographischen Nähe und politischen Stabilität war Tansania schon damals eines der Hauptaufnahmeländer. Fast 1,5 Millionen Flüchtlinge fanden dort zwischen 1993 und 2000 Schutz.

Von Kagunga Island nach Nyarugusu

Bis Anfang 2015, als burundische Flüchtlinge erneut nach Tansania kamen, waren in den westlichen Grenzregionen des Landes die Spitzenbelastungen der 1990er Flüchtlingssituation beinahe in Vergessenheit geraten. Die tansanische Regierung und das UN-Flüchtlingshilfswerk schienen nun mit der Versorgung von Neuankömmlingen überfordert. Zehntausende Burundier flohen zunächst übers Wasser auf die im Tanganjikasee gelegene Insel Kagunga. Durch die stetige Ankunft neuer Flüchtlinge verschlechterte sich dort zusehends die sanitäre Situation. Im Mai 2015 verzeichneten Hilfsorganisationen den Ausbruch einer Choleraepidemie, über 30 Menschen starben. Viele Flüchtlinge steckten schlichtweg auf der Insel fest und konnten erst Wochen später mit Transporten auf das tansanische Festland nach Nyarugusu gebracht werden.

Aufgrund unzureichender Infrastruktur und mangelhafter hygienischer Bedingungen entschieden sich UNHCR und die Regierung Tansanias im Herbst 2015, zehntausende burundische Flüchtlinge aus Nyarugusu in drei neue Lager umzusiedeln. Die Standorte Nduta, Mtendeli und Karago, die bereits in den 1990er Jahren als Flüchtlingslager genutzt worden waren, sollten wieder dem Schutz einer neuen Flüchtlingsgeneration dienen.

Etliche Burundier hatten bereits mehrmals im Lauf der letzten zwanzig Jahre ihren Lebensmittelpunkt von Burundi nach Tansania und zurück verlagert. Wiederkehrende und langjährige Fluchterfahrungen sind in vielen Gesellschaften Ostafrikas keine Seltenheit. Sie verändern die Beziehungen zwischen Geflüchteten und Herkunftsländern nachhaltig, rufen neue Missstände hervor und erschweren Reintegration. Oftmals verändern sich die Gesellschaftsstrukturen und die Ressourcenverteilung. Rückkehrende Flüchtlinge konkurrieren plötzlich mit denjenigen, die geblieben waren, um Land, Arbeit und um nationale, lokale und ethnische Zugehörigkeit. Doch auch im Exil werden Flüchtlinge häufig in innenpolitische Grabenkämpfe der Gastländer gezogen. Die Erfahrungen burundischer Flüchtlinge in Tansania veranschaulichen dies.

Offene und geschlossene Türen

Seit spätestens 1972 waren burundische Hutu vor der Gewalt der Tutsi-dominierten Militärregierung Michel Micomberos geflohen und fanden im Westen Tansanias eine temporäre Heimat; denn während der 1960er und 1970er Jahre verfolgte Präsident Julius Nyerere eine „Politik der offenen Tür“. Er war überzeugt, sein Land habe eine Verantwortung gegenüber anderen afrikanischen Ländern. Darüber hinaus könnten Flüchtlinge einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Tansanias leisten. Doch diese vom Panafrikanismus geprägte liberale Flüchtlingspolitik veränderte sich dramatisch in den 1980er und 1990er Jahren unter Nyereres Nachfolgern Hassan Mwinyi und Benjamin Mkapa. Strukturanpassungsmaßnahmen, die dem Diktat einer ökonomischen Liberalisierungspolitik folgten, verlangten ein Zurückschrauben staatlicher Investitionen und eine Verkleinerung des bis dahin umfangreichen Agrarsektors.

Die Flüchtlinge aus Burundi und Ruanda wurden von nun an nicht mehr als Katalysatoren der Entwicklung, sondern geradezu als ökonomische Belastung wahrgenommen. In Anbetracht des ruandischen Völkermords und der fast 500.000 RuanderInnen, die Schutz in Tansania suchten, stellte Tansanias Präsident Benjamin Mkapa 1996 – entgegen internationaler Vereinbarungen – den Flüchtlingen ein Ultimatum für eine rasche Repatriierung. Außerdem verabschiedete das tansanische Parlament 1998 ein neues Flüchtlingsgesetz, das unter anderem die Entscheidungsgewalt lokaler Regierungsvertreter bei der Statusbestimmung von Flüchtlingen stärkte und damit willkürlichen Abschiebungen rechtlichen Vorschub leistete.

Ein zusätzliches Gesetz verschärfte diese Regelung im Jahr 2003. Gründe für den Kurswechsel waren neben wirtschaftlicher Liberalisierung Sicherheitsbedenken der Regierung. Hunderttausende Burundier, Ruander und Kongolesen, die in Flüchtlingslagern entlang der Westgrenzen des Landes untergebracht waren, schienen als „refugee warriors“ die regionale Sicherheit – und nicht zuletzt die Sicherheit Tansanias – aufs Spiel zu setzen. Nichtsdestotrotz blieb Tansania bis Anfang der 2000er Jahre das afrikanische Land mit den höchsten Aufnahmezahlen für Flüchtlinge.

Einbürgerung der Burundier von 1972

Eine der Flüchtlingskohorten war jedoch von Ausweisungen aus Tansania ausgenommen. Die tansanische Regierung ließ im Jahr 2010 verlautbaren, dass Burundier, die bereits im Jahr 1972 geflohen waren, meistens sogar in der zweiten und dritten Generation in Tansania lebten oder dort geboren waren, die Möglichkeit zur Einbürgerung erhalten sollten. Seit 1985 waren diese Flüchtlinge von Hilfsprogrammen ausgeschlossen und wohnten in den „alten Siedlungen“ Mishamo, Ulyankulu und Katumba weitgehend autark.

Politische Kontroversen und Schwierigkeiten beim Einbürgerungsprozess führten zunächst 2011 zu einem Stopp des Vorhabens. Erst nach einer Intervention des damaligen Präsidenten Jakaya Kikwete erhielten die ersten Burundier der „1972er-Generation“ im September 2014 ihre tansanischen Einbürgerungszertifikate. Insbesondere die Oppositionsparteien fürchteten allerdings durch den Naturalisierungsprozess eine Vergrößerung der Wählerschaft für die

Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi (CCM). Die Besorgnis basierte vor allem darauf, dass die Regierung ein Umsiedlungsprogramm für burundischstämmige Neu-Tansanier beschlossen hatte, durch das – der Opposition zufolge – regierungskritische Wahlbezirke des Landes durch forcierte Zuwanderung von wahlberechtigten Neubürgern unterminiert werden sollten. Bis heute gibt es deshalb Verzögerungen und politische Hürden für die Einbürgerung und Neuansiedlung in anderen Landesteilen. Viele Burundier warten noch immer auf ihre Einbürgerungspapiere. Andere leben nach wie vor unter der Aufsicht tansanischer Bürokraten in den sogenannten „alten" Flüchtlingssiedlungen. Es gibt somit weiterhin Handlungsbedarf im Hinblick auf Mobilität und die Wahrung von Bürgerrechten.

Was geschieht mit Ostafrikas Flüchtlingen?

Für die tansanische Regierung ist eines klar: Das Aushändigen von Staatsbürgerschaften an burundische Flüchtlinge von 1972 soll kein Präzedenzfall werden. Für neu ankommende Flüchtlinge – wie etwa die Burundier im Jahr 2015 – gibt es solche Perspektiven deshalb nicht. Denn die regionale Flüchtlingspolitik ist in ihrem Kern weiterhin restriktiv. Sie zielt vor allem darauf ab, Menschen in Flüchtlingslagern zu verwalten und ihre Freizügigkeit zu beschränken, statt dauerhafte Lösungen durch höhere Mobilität und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Trotz tausender urbaner Flüchtlinge, die versuchen, in Großstädten wie Daressalam und Mwanza eine neue Existenz zu gründen, sind gerade Massenflüchtlingslager wie Nyarugusu Orte, an denen die Mehrheit ostafrikanischer Flüchtlinge tatsächlich Zuflucht findet.

Nicht wenige dieser Geflüchteten greifen auf diese humanitäre Option zurück, wenn andere Wege zur Lebenssicherung scheitern. Das birgt jedoch ebenfalls Konfliktpotenzial zwischen lokaler Bevölkerung und Flüchtlingen, die im Wettstreit um natürliche Ressourcen wie Holz und Wasser stehen. Doch auch der tansanische Arbeitsmarkt ist betroffen, da internationale Hilfsorganisationen das Gehaltsniveau West-Tansanias um ein Vielfaches gesteigert haben.

Damit Langzeitflüchtlinge langfristige Perspektiven in ihren Gastländern haben, müssen ostafrikanische Staaten liberaler mit nationaler Identität und Zugehörigkeit umgehen und die in vielen Ländern existierende

Residenzpflicht in Flüchtlingslagern aufheben. Tansanias mutiger Schritt zur Einbürgerung burundischer Langzeitflüchtlinge ist ein gutes Beispiel dafür, wie rigide Auffassungen von Staatsbürgerschaft institutionell überwunden werden können. Doch ohne strukturelle Veränderungen, die auch sozio-ökonomische Teilhabe, Freizügigkeit und Integration zum Ziel haben, werden Ostafrikas Flüchtlinge auch zukünftig in Lagern verweilen müssen.

Der Beitrag erschien erstmalig in
Afrika Süd, Heft 3, Mai / Juni 2016

In Nyarugusu
Foto: Hanno Brankamp

Flüchtlingssituation in Tansania – ein Rückblick

Dr. Christian Krause
1971/1972 war der heutige Landesbischof i.R.
Mitglied des Leitungsteams des Tanganyika
Christian Refugee Service (TCRS) des
Lutherischen Weltbundes (LWB).

Vor 40 Jahren verfasste der Autor für einem Sammelband über die Lutherische Kirche in Tansania einen Beitrag zur Situation der Flüchtlinge vor Ort.

Arnold Kiel hat Auszüge aus dem Text zusammengestellt.

„Die wichtigsten Gründe für das Flüchtlingsproblem sind neben territorialen Schenkungen und Transaktionen die koloniale Grenzziehung sowie militärische Auseinandersetzungen im Ringen um politische Unabhängigkeit. Auch Tansania ist von dem Flüchtlingsstrom nicht verschont geblieben. Die besondere geographische Lage, die innere politische Stabilität sowie eine vorbildliche Haltung gegenüber dem Flüchtlingsproblem ließen Tansania schon bald nach der Unabhängigkeit des Landes zu einem begehrten Ziel für Tausende von Flüchtlingen aus verschiedenen Nachbarländern werden. Dabei hat es sich stets um eine Flüchtlingsbewegung in nur eine Richtung gehandelt, also nach Tansania. Der Zustrom vollzog sich im Wesentlichen in drei größeren Phasen:

a) **aus Ruanda:** In den Jahren **1962/63** kam es zu blutigen Auseinandersetzungen in dem ehemaligen Königreich Ruanda, das unter belgischer Treuhandverwaltung gestanden hatte. Die hier wie im Nachbarland Burundi einander zugeordneten Volksgruppen der Tutsi und Hutu kämpften um die Vorherrschaft, wobei die ehemalige Königsethnie der Tutsi ihre Macht verlor. Tausende von Tutsi flohen zunächst vornehmlich in den damaligen Kongo. Erst nach langwierigen

Verhandlungen gelang es, dass ca. 3500 dieser leidgeprüften Menschen vom Kongo aus nach Tansania gebracht werden konnten. Weitere 30 000 Flüchtlinge kamen direkt aus Ruanda. Sie fanden später eine neue Heimat in den Flüchtlingssiedlungen Karagwe und Muyenzi unweit des Victoria-Sees sowie in Mwese auf dem Hochland längs des Tanganyika-Sees.

b) **aus Mosambik:** militärische Auseinandersetzungen zwischen der portugiesischen Kolonialmacht und der mosambiker Befreiungsfront FRELIMO veranlassten vor allem in der Zeit zwischen **1965 und 1970** insgesamt ca. 55 000 Menschen zur Flucht. Sie flohen bezeichnenderweise nach Norden, also in die Richtung, aus der ihnen die FRELIMO entgegenkam, und nicht in den unter portugiesischer Herrschaft vermeintlich sicheren Süden. Sie wurden in Tansania sukzessiv entlang der Grenze angesiedelt. So entstanden im Lauf dieser Zeit die Flüchtlingssiedlungen Rutamba (bei Lindi), Matekwe (bei Nachingwea); Muhukuru und Mputa (Songea-Distrkt) und Lundo (am Nyassa-See).

c) **aus Burundi:** Zu Beginn des Jahres **1972**, nach teils brutal geführten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf vermutlich 100 000 Menschen aus den 3,4 Millionen zählenden Einwohnern Burundis ums Leben kamen, gewannen im Gegensatz zu Ruanda hier die Tutsi die Oberhand. Unter teils dramatischen Umständen flohen mehr als 250 000 Hutu nach Tansania und wurden anschließend in Katumba (bei Mpanda, ca. 80 000) und in Ulyankulu (bei Tabora, ca. 80 000) und in Mishomo (ca. 70 000) angesiedelt. (Zahlen korrigiert gegenüber dem Original Anm.d.Red.) Weitere kleinere Flüchtlingsgruppen kamen aus dem Kongo, dem südlichen Afrika und einzelnen afrikanischen Ländern.

Die Inangriffnahme des Flüchtlingsproblems seitens der tansanischen Regierung gehört fraglos zu den eindrucksvolleren Kapiteln menschlicher Geschichte. Die Flüchtlingsgesetzgebung Tansanias, der so genannte ‚Refugee Control Act' sieht die Gewährung des Asylrechts in den Grenzen und Möglichkeiten vor, die auch für die Bürger des Landes Gültigkeit haben. Das heißt, dass nicht etwa Flüchtlingslager mit irgendwie gearteten Wohlfahrtsinstitutionen angestrebt werden, sondern dass die Initiative zum Aufbau einer neuen Lebensbasis den

Betroffenen selber in die Hand gegeben wird im Rahmen der für alle Bewohner Tansanias gültigen Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Der von der Regierung gesetzte oberste Grundsatz für die Entwicklung des Landes heißt Self-Reliance. Präsident Nyerere erläutert sie so: ‚First and foremost, it means that for our development we have to depend upon ourselves and our own resources. These resources are land and people.' Konsequent wurde für die ins Land strömenden Flüchtlinge eine Wiederansiedlung in weitgehend noch unbewohnten Gebieten auf landwirtschaftlicher Basis vorgesehen.

Zur finanziellen und beratenden Unterstützung stellten sich die Vereinten Nationen, in Sonderheit deren Hochkommissariat für Flüchtlingswesen, zur Verfügung. Aber einer musste die in der Anfangsphase notwendige Aufbauarbeit koordinieren und durchführen und weitere finanzielle und personelle Unterstützung bereitstellen. Dies wurde die Abteilung Weltdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB/WD). So kam es im Januar 1964 zur Gründung des TCRC. Die wichtigsten **Aufbauetappen** waren: **Kommunikation** (etwa 700 km auch mit Lastwagen befahrbare Sandstraßen), **Landwirtschaft** (jede Familie erhält zweieinhalb Hektar Buschland, einfache Geräte, Saatgut und landwirtschaftliche Beratung). Nach anfänglicher Verteilung von Nahrungsmittelrationen durch das Welternährungsprogramm (WFP) haben es die Flüchtlinge meist nach eineinhalb Jahren geschafft, ihre eigene Ernährung sicherzustellen. Manche Siedlungen zählen heute z.B. zu den größten Tabakproduzenten Tansanias. Zu den Aufbauetappen gehören weiterhin **Handwerksbetriebe**, **Gesundheits- und Schulwesen**, **Religiöses Leben und Integration**.

Tansanische Bürger, die sich mit Erschließung der weiten Buschlandgebiete den Flüchtlingssiedlungen anschließen, partizipieren in vollem Umfang an den sozialen Diensten und am gesellschaftlichen und religiösen Leben der Siedlungen. Die genossenschaftlich organisierte Landwirtschafts- und Handwerks-Produktion, die Lehrpläne und die Gestaltung des Schulwesens, die Struktur der medizinischen Versorgung und das einigende Band der Landessprache Kisuaheli machen die Siedlungen zu teils riesigen Ujamaa-Dörfern, wie es sie überall im Lande gibt. Schon die nächste Generation wird sich vielleicht als tansanische Bürger verstehen und in der einstigen Zufluchtsstätte ihrer Väter die eigene Heimat erkennen. Aber es gilt auch: Jeder hat

die freie Entscheidung zurückzukehren oder zu bleiben. Welch eine Entscheidung! Im Morgengrauen eines Oktobertages 1975 steigen in der Siedlung Maputa die ersten Familien zur Repatriierung auf die bereit stehenden Lastwagen. Aber die weitaus größte Zahl der Flüchtlinge aus den Nachbarländern wird vorerst in Tansania bleiben."

Kommentar von C. Krause Ende August 2016

„Von allen Artikeln, die Sie, Herr Kiel, mir zur heutigen Flüchtlingssituation geschickt haben, fand ich den Beitrag von H. Brankamp am deutlichsten und hilfreichsten. Denn er schildert klar den Wandel von Nyereres panafrikanisch motivierter ‚Politik der offenen Tür' zur späteren restriktiven Haltung der Regierung. Unser Ziel damals waren ‚integrative settlements', keine Lager sowie langfristig die Einbürgerung oder freie Wahl der Rückkehr, besonders der von Nyerere geschützten FRELIMO- und ANC-Anhänger aus Mosambik und Südafrika, jedoch niemals zwangsweise Ausweisung. Interessant ist, dass von Flüchtlingen aus Mosambik nicht mehr die Rede ist. Vermutlich auch deshalb, weil ihre Siedlungen bis zur Unabhängigkeit ihres Heimatlandes längs der Grenze Mosambik/ Tansania in einer nach außen abgeschotteten, ca. 100 Kilometer breiten ‚military restricted area' lagen und dadurch kaum öffentlich wahrgenommen wurden. Wir hatten als TCRS- Mitarbeiter besondere Ausweise, um dort frei einreisen und arbeiten zu können. Dass vor kurzem noch eine große Zahl der 1972 aus Burundi nach Tansania geflohenen Hutu die Möglichkeit erhielt, tansanische Staatsbürger zu werden, hat vermutlich auch damit zu tun, dass sie noch nach dem damals geltenden Refugee Control Act zur Zeit der Präsidentschaft von Julius Nyerere mit der Perspektive einer freien Entscheidung ‚Bleiben versus Repatriierung' in landwirtschaftlichen Siedlungen im Lande aufgenommen worden sind."

Quelle:
Lutherische Kirche in Tansania, Erlangen
1976, S.305-316

Die vom Autor benutzten Schreibweisen Tanzania / tanzanisch, Mozambik / mozambikanisch etc. wurden dem deutschen Sprachgebrauch angepasst, ebenso die Namen der Ethnien Watussi und Wahutu und der Begriff Stamm durch Ethnie / Volksgruppe ersetzt.

Flüchtlinge in Tansania – ein Überblick

Nach einem Powerpoint Vortrag von Frau Aine Mushi, gehalten in Siegen am 10.05.2016 – übersetzt und zusammengefasst von Elisabeth Steinle-Paul

Aine Mushi
hat einen Master in Business Administration (MBA) und arbeitet als Koordinatorin im Büro des UN-Repräsentanten in Tansania. Sie engagiert sich in leitender Funktion in der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Kiluvya, auch in der Partnerschaftsarbeit.

Elisabeth Steinle-Paul
ist seit 2002 Mitglied der HABARI-Redaktion. Sie hat mehrere Jahre in Tansania als Ärztin gearbeitet und pflegt seitdem vielfältige Kontakte dorthin. Derzeit ist sie in Stutttgart als Frauenärztin und Homöopathin in eigener Praxis tätig.

HAUPTAUFNAHMEREGION KIGOMA

Eine der am wenigsten entwickelten Regionen in Tansania (Rang 23 von 25) mit schwacher Infrastruktur bezüglich Gesundheit, Bildung, Straßen, Erreichbarkeit, Wasser- und Stromversorgung

Trotzdem großer Druck in der Grenzregion, auch weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen

GEGENWÄRTIGE SITUATION IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN (APRIL 2016)

Nyarugusu	140 540	Menschen
	(61 939	aus dem Kongo)
Nduta	55 109	Menschen
Mtendeli	7 569	Menschen
Lumasi Transit-Lager	105	Menschen
In der gesamten Kigoma-Region	203 323	Menschen

UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN DER REGIERUNG

- Anpassung der Gesetzgebung an internationale Standards
- Ausgabe von Geburtsurkunden und Personalausweisen zur Erleichterung des Zugangs zu sozialen Diensten und Integration
- Hilfe bei der Bereitstellung von Wasser, Gesundheitsstationen, Ausbildung und Einrichtung von Strukturen des Gemeinwesens in Zusammenarbeit mit UNHCR

EINBÜRGERUNG VON FLÜCHTLINGEN

1982: 32 000 Menschen aus Ruanda
2014: 3 000 somalische Bantu-Flüchtlinge (tansanische Wazigua, aus Somalia)
62 000 Menschen aus Burundi

Die meisten hatten sich schon in den drei Lagern selbstständig gemacht und auch Steuern bezahlt.

ROLLE DER KIRCHE

- Protestantische Kirchen baten den Christlichen Weltbund um Unterstützung, als die ersten 10 000 Flüchtlinge aus Ruanda in den **1960er** Jahren nach Tansania kamen.
- Zusammen mit dem Lutherischen Weltbund etablierte der CCT (Christian Council of Tanzania) ein Programm für Flüchtlinge mit dem Status einer NGO, die sich Tanganyika Christian Refugee Service (TCRS) nannte.
- **1994 in Benaco**, einem Camp mit 300 000 Flüchtlingen: Beteiligung des CCT an Programmen zur Beratung, Bildung, Ausbildung und Gesundheitsmaßnahmen.
- Nach Auflösung des Camps Unterstützung der eingebürgerten Flüchtlinge durch TCRS mit Programmen zur Gemeindebildung.
- ELCT (Ev.-Lutheran Church in Tanzania) stellt in Kibaha Land zur Verfügung, sorgt für Umsetzung der norwegischen kirchlichen Flüchtlingshilfe, gibt geistliche Unterstützung in den Lagern.

HERAUSFORDERUNGEN

- Lage im Flüchtlingslager Nyarugusu entspannen
- Übergang von der Nothilfe-Phase zu mittelfristigen Zielen
- Vorsorge treffen und Kontingentplanungen durchführen
- Blick in die Zukunft mit Focus auf selbständiges Leben der Flüchtlinge und Reduktion der Abhängigkeiten
- Kapazitäten bei den Gemeindeverwaltungen und -einrichtungen schaffen und unterstützen

DER UNTERSCHIED ZWISCHEN FLÜCHTLINGEN IN TANSANIA UND EUROPA AUS TANSANISCHER SICHT:

- Flüchlinge in Tansania verließen Nachbarstaaten wegen interner/ethnischer Konflikte, wegen Krieg, politischer Unruhen und mangelnder Sicherheit.
- Sie haben meist keine andere Wahl, als einfach die Grenze zu überschreiten um zu überleben.
- Tansania, besonders die Kigoma Region, ist so arm, dass die eigene Bevölkerung gleiche Leistungen braucht wie Menschen in Flüchtlingscamps. Das Land ist nicht in der Lage, das allein zu schaffen.
- Die Flüchtlinge sind gezwungen, in den Camps zu verbleiben.
- **Dauerhafte Lösungen:** Freiwillige Rückkehr oder Einbürgerung sind auf lokaler und regionaler Ebene voranzutreiben, gleichzeitig muss ein Dialog für Sicherheit und Frieden stattfinden.
- Ein Engagement der Kirche ist außer bei praktischer Hilfe auch auf spiritueller Ebene nötig.

- Geflüchtete und Asylsuchende in Europa suchen nach besseren Lebensumständen und -bedingungen, rennen vor den politischen Unruhen in ihren Heimatländern weg.
- Sie haben die Möglichkeit, sich ein Land in Europa auszuwählen, können sich auch den Transport leisten.
- Weshalb fliehen Menschen nach Europa und nicht in andere Länder? Es bietet mehr Möglichkeiten und Freiheiten, sie müssen nicht permanent in Camps leben.

rechte Seite: Statistiken von Melanie Deter

Überreichung einer Einbürgerungsurkunde
Foto: Aine Mushi

Zahlen zu Flucht & Vertreibung

65,3 MILLIONEN **VERTRIEBENE MENSCHEN WELTWEIT**

Das entspricht der Einwohnerzahl Frankreichs im Jahr 2011

- **21,3 Millionen** Flüchtlinge
- **40,8 Millionen** Binnenvertriebene
- **3,2 Millionen** AsylbewerberInnen

86 PROZENT

aller Flüchtlinge werden im Globalen Süden aufgenommen

24

Menschen werden jede Minute vertrieben

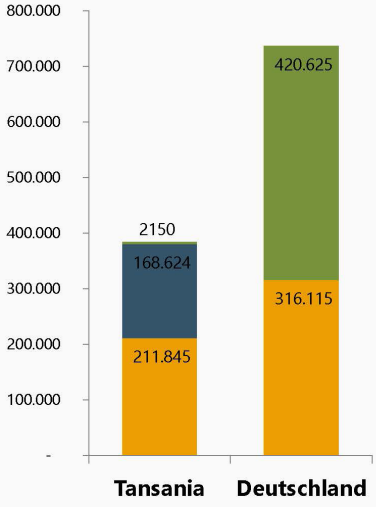
51 PROZENT

aller Flüchtlinge sind unter 18 Jahre

Als anerkannte Flüchtlinge zählen Menschen, denen gemäß internationaler Abkommen Schutz gewährt wird. Als AsylbewerberInnen zählen Flüchtlinge, die noch auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten.

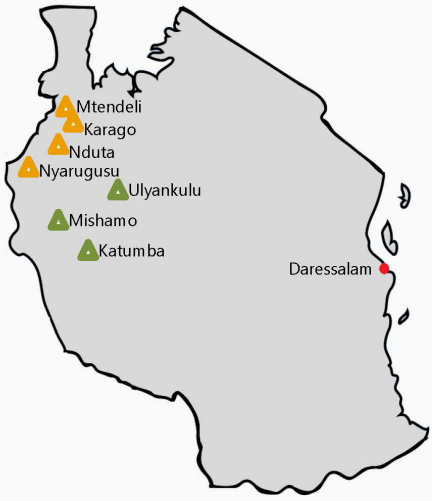
Datengrundlage: UNHCR 2015

Ländervergleich



- AsylbewerberInnen
- Weitere Menschen, deren Schicksal das UNHCR beunruhigt
- Flüchtlinge

Unterkünfte in Tansania



- Flüchtlingssiedlung
- Flüchtlingslager

Datengrundlage: UNHCR 2015

Maasai und Mobilität

Auszug aus verschiedenen Quellen, zusamengefasst von Arnold Kiel

Arnold Kiel

Pfarrer im Ruhestand, war in Tansania mit seiner Frau, Dr. Christel Kiel, 14 Jahre in der Maasai-Mission tätig.

Dass beim Thema Migration auch die Maasai eine Rolle spielen, liegt nahe. Im 18./19. Jahrhundert waren die nilotischen Halbnomaden die letzten Einwanderer in Tansania – nach den Hadzapi und Sandawe (Sammler und Jäger), den über hundert Bantuvölkern und den kuschitischen Iraqu, abgesehen von Arabern, Indern und Europäern. Nomaden sind Wanderer par excellence. Transhumanz – zu Deutsch so viel wie regelmäßiger Weidewechsel – ist der Fachausdruck für diese Wirtschaftsform. Es bedeutet einen entscheidenden Unterschied, ob Menschen ihre altvertraute Lebensweise freiwillig ausüben – nein, nicht ganz freiwillig, die Bedingungen in der Steppe erfordern Beweglichkeit – oder ob Veränderungen von außen aufgezwungen und teilweise erzwungen werden. Koloniale Landpolitik, Großfarmen verschiedener ausländischer Firmen, benachbarte Bauern, Ausweitung der Nationalparks für Natur- und Wildschutz, Jagdgebiete, Wilddiebe, Holzkohle-Produktion, Touristen, Klimawandel – die Liste der Faktoren, die uralte Traditionen der Maasai bedrohen, ist lang.

Zwei Beispiele: Zum einen ist es der Konflikt um die die Landrechte zwischen den viehzüchtenden (Halb-)Nomaden und den sesshaften Bauern, zum anderen die Bedrohung durch Zwangsumsiedlung, wie sie immer wieder im Gebiet des Ngorongoro und der Serengeti, speziell um Loliondo, angedroht und teilweise auch ausgeübt wurde.

Zum ersten:

„Überweidung durch die wachsende Zahl von Tieren (und Menschen) in der Steppe führt zur Versteppung oder Verwüstung des Bodens, man spricht von Desertifikation.“ Dieses gängige (Vor-)Urteil widerlegte das Forscherehepaar Barbara und Dr. Fouad Ibrahim in mehreren Beiträgen schon in den 1990er Jahren. Desertifikation bedeutet die

schleichende Zerstörung ursprünglich nachhaltiger Ressourcen-Nutzungssysteme, die Menschen in Trockengebieten entwickelt haben. Verschiedene Untersuchungen ergaben, dass traditionelle Systeme der Ressourcennutzung, denen man früher in der Regel jegliche Rationalität abgesprochen hatte, oft umweltschonender sind als moderne. Indigenes Umweltwissen ist unter den Pastoralisten Ostafrikas besonders ausgeprägt. Es herrschen strenge Regeln des Zugangs zu Weidegründen, Wasservorkommen und Lecksalz. Weideschonung ist ein integriertes, den Menschen selbst bewusstes Prinzip der von ihnen praktizierten Rotation und schützt vor einer Übernutzung der Ressourcen. Inzwischen wird jedoch das von den Hirten vermeintlich nicht effektiv genutzte Land für andere Zwecke entfremdet, es kommt zu einer nicht nachhaltigen Folgenutzung. An vielen Orten der Erde, nicht nur in Afrika, wurden Pastoralisten in ökologisch wenig vorteilhafte Gebiete abgedrängt. Es ist nicht legitim, die solchermaßen Marginalisierten der Umweltzerstörung zu beschuldigen, wenn dort Übernutzungsschäden auftreten.

Quelle:
Fouad Ibrahim in Geographische Rundschau 55 (2003), H.7/8 und Fouad und Barbara Ibrahim in: J.M. Nebe (Hrsg.): Herausforderung Afrika, Nomos Baden-Baden, 2010, S. 253-268

Zum zweiten:

Bernhard Grzimek 1988: „ Durch das Fernsehen gelang es mir, immer größere Touristengrupppen in diese Länder zu bringen. Tourismus ist heute die Haupteinnahmequelle für Fremdwährung geworden. Außerdem konnte ich den Schwarzen klarmachen, dass die modernen Nationalparks – die Schutzgebiete – dasselbe sind wie die ‚Tabugebiete', worin nach den alten afrikanischen Religionen die Götter herrschen und niemand jagen darf."

1959 wurde die Region um Loliondo im Norden der Serengeti zur Game Controlled Area (LGCA, Wildschutzgebiet) erklärt und ist seither umstritten. Zum Kern des Problems entwickelte sich die legale Registrierung der dortigen Dorfbewohner von 1983. Denn später kehrten viele Vertriebene, die aus dem Gebiet ausgewiesen worden waren, mit ihren Herden zurück. Ab 1992 verpachtete der tansanische

Staat angeblich heimlich mehr als 4000 km^2 für Jagdaktivitäten der Ortello Business Corporation (OBC) an einen arabischen Scheich.
Im September 2009 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und damit zum vorläufigen Höhepunkt des Konflikts. Mehr als hundert Männer und Frauen in traditioneller Maasai-Kleidung, die Präsident Kikwete ihre Klagen vortragen wollten, zogen vor den Regierungssitz in Daressalam. Der dänische Botschafter reiste mit vier weiteren Kollegen nach Loliondo, um sich persönlich ein Bild zu machen. Daraufhin wollte die Regierung alle dort aktiven NGOs und zivilen Organisationen prüfen lassen, die Grenzen der LGCA neu festlegen und genau bestimmen, welche Gebiete für Viehzucht, Ackerbau, Jagd, für Camping, Tourismus, Naturschutz und als Korridor für wandernde Wildtiere reserviert sind.

Quelle:
Tansania Information 11/2009

Und dann geschieht folgendes:
In einem skandalösen Urteil legitimierte das Hohe Gericht von Arusha Ende Oktober 2015 das aggressive Land Grabbing durch den parastaatlichen Betrieb Tanzania Breweries Limited (TBL) und den Safari-Anbieter Tanzania Conservation Limited (TCL). Die Gemeinschaft der Maasai hatte beantragt, TCL die Landtitel abzuerkennen, die Firma an der Umnutzung des designierten Weidegebietes zu einer Tourismuszone zu hindern und sie auf Zahlung von Schadenersatz für erlittenes Unrecht bei der Vertreibung von ihrem angestammten Land zu verpflichten. „Das Urteil dient lediglich dazu, die Marginalisierung der Maasai im Namen des Naturschutzes voranzutreiben“, kritisierten ihre die Anwälte Wallace N. Kapaya und Rahid S. Rashid vor Gericht. Nach internationalem Recht können die Maasai Projekten auf ihrem angestammten Land oder der Nutzung seiner Ressourcen ihre Zustimmung gewähren oder verweigern. Gern präsentiert Tansanias Regierung Bilder der Halbnomaden mit ihrer besonderen Kleidung und ihrem speziellen Brauchtum für die Tourismuswerbung. Doch wenn es um den Schutz der Menschenrechte für die Maasai geht, ziehen sich Staat und Unternehmen gleichermaßen aus der Verantwortung.

Quelle:
Nina Sahdeva, info@fairunterwegs.org

Handelsbeziehungen zwischen Sansibar und Oman – Interview mit Prof. Julia Verne

Prof. Dr. Julia Verne
arbeitet zurzeit am Geographischen Institut der Universität Bonn. Schwerpunkte ihrer Studien sind Ostafrika und die Arabische Halbinsel. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Mobilität von Menschen, Gütern und Ideen sowie der Art und Weise, wie dadurch Orte miteinander verbunden werden und neue, translokale Räume entstehen.

Das Interview führte Melanie Deter, Mitglied der HABARI-Redaktion

Frau Verne, Sie setzten sich in Ihrem Buch „Living translocality. Space, Culture and Economy in Contemporary Swahili Trade" (Franz Steiner Verlag, 2012) intensiv mit der rezenten Mobilität zwischen Sansibar und dem Oman auseinander. Wieso ist diese alte Beziehung wieder aktuell geworden?
Ich glaube, dass die Beziehung immer wichtig war. Das Problem war, dass sie nach der Revolution in Sansibar 1964 lange Zeit eingeschränkt, unterdrückt und daher nicht so sichtbar wurde. Grundsätzlich bin ich jedoch der Meinung, dass Mobilität und Handelsverbindungen zwischen Arabischer Halbinsel und ostafrikanischer Küste seit über 1000 Jahren eine entscheidende Rolle für beide Regionen spielen. Der Höhepunkt der Beziehungen lag sicher im 18. und 19. Jahrhundert, als das Sultanat des Oman auch Sansibar sowie Teile der ostafrikanischen Küste umfasste. 1832 verlegte Said bin Sultan sogar den Hauptsitz des omanischen Sultanats nach Sansibar. Und auch als im Zuge des Helgoland-Sansibar-Vertrags Sansibar zu einem britischen Protektorat wird, spielen die arabischen Beziehungen weiterhin eine entscheidende gesellschaftliche und ökonomische Rolle. Erst nach der sogenannten „Zanzibar Revolution" im Januar 1964 gibt es eine recht

abrupte Unterbrechung. Auch wenn zunächst ein erheblicher Anteil der arabisch-stämmigen Bevölkerung floh und dafür vor allem die Arabischen Emirate eine wichtige erste Anlaufstelle waren, so fand die Mobilität in diese Richtung nur noch heimlich statt – viele versuchten es daher als blinde Passagiere auf den Schiffen, die zwischen den Orten verkehrten. Unter dem neuen, sozialistisch geprägten Regime durfte kein freier Außenhandel mehr betrieben werden und die Verbindungen, insbesondere in den Oman, wurden untersagt. Wieder geändert hat sich dies schließlich, nachdem sich Präsident Ali Hassan Mwinyi Mitte der 1980er Jahre für eine Öffnung einsetzte und die politischen Beziehungen erneut aufnahm. Auf privater Ebene ging es dann Mitte der 1990er Jahre richtig los, als verstärkt Flugreisen auf die Arabische Halbinsel genutzt wurden, die gerade von Dubai als aufstrebender Handelsknotenpunkt verstärkt angeboten wurden. Für diejenigen, die Verwandte in Dubai haben, wird seitdem ein Familienbesuch in der Regel mit einer Handelsreise verbunden.

Darüber hinaus gibt es einen erheblichen Anteil sogenannter Sansibari-Omanis in der omanischen Bevölkerung, der intensive Verbindungen nach Sansibar pflegt. Nach der Machtübernahme durch Sultan Qaaboos lud dieser die aus Sansibar Geflüchteten, die Familienverbindungen in den Oman nachweisen konnten, ein, am Aufbau des Landes mitzuwirken. Viele konnten dadurch zu seinem wirtschaftlichen Aufschwung beitragen und davon profitieren. Auch wenn für einige vielleicht eine Zeitlang die gesellschaftliche Anerkennung als omanischer Staatsbürger im Vordergrund stand, spielte die Beziehung nach Ostafrika jedoch familienintern weiterhin oft eine starke Rolle und äußert sich inzwischen wieder in regelmäßigen Besuchen, dem Bau von Ferienhäusern, der Renovierung von zum Teil wieder-erworbenem Eigentum in der Altstadt und anderen Investitionen. Oman Air bietet Direktflüge nach Sansibar an.

Was macht die sansibarisch-omanischen Beziehungen aus, was ist daran speziell, sowohl damals wie heute?
Normalerweise geht man in der globalen Ökonomie davon aus, dass es mindestens zwei unterschiedliche Staaten bzw. in gewisser Hinsicht voneinander unterscheidbare Einheiten gibt, die Handel miteinander treiben: Das wären das z.B. die TansanierInnen auf der einen Seite, die Omanis auf der anderen. ***Hier geht es aber vielmehr um eine Gruppe***

von Leuten, die weder rein tansanisch noch rein omanisch sind. Sie bilden eine Bevölkerungsgruppe, die genau aus diesem Handel und den damit zusammenhängenden Familienverbindungen entstanden ist. Also dadurch, dass Leute der Arabischen Halbinsel mit Dhaus und mithilfe des Monsuns die ostafrikanische Küste entlang segelten, sich dort ansiedelten und hin und her pendelten. In dieser Hinsicht sind die Beziehungen sicherlich einzigartig. Es wird viel darüber diskutiert: Was genau bedeutet es, Swahili oder Sansibari zu sein? Ist die Swahili-Küste afrikanisch oder arabisch? Diese Kategorien passen hier nicht, denn es ist vielerorts gerade das komplexe Zusammenspiel aus beiden, und anderen, z.B. indischen Einflüssen und deren historische Tiefe, die den Charakter dieses Gebiets und der Bevölkerung ausmachen.

Vielleicht sind die Erinnerungen an vergangene Zeiten, an das eigene bzw. familiäre Mitwirken in einem kosmopolitischen Sansibar, der Handelsmetropole des Indischen Ozeans, gar nicht unbedingt real, sondern von Imagination und Phantasien geprägt. Es treibt sie jedoch bis heute an – man findet immer noch eine gewisse Ideologie des Handels. Als junger Erwachsener auf Sansibar, was will man da werden? Natürlich Händler! Nach Oman und Dubai reisen, weiter nach Bangkok und Süd(ost)-Asien und dort Sachen einkaufen. Die Händler waren die Patrizier, eine gesellschaftliche Stellung, die man gerne weiter für sich beanspruchen möchte. Gleichzeitig birgt es auch die Möglichkeit, ein vergleichsweise aufregendes Leben zu führen: Man reist umher, sieht viele Orte, man erlebt etwas. ***Handel ist nicht nur Einkommensquelle, sondern in dem Fall auch Teil des kulturellen Selbstverständnisses.***

Der Status als Händler war und ist also auch mit Prestige verknüpft?

Ja, genau. Und das vor allem kulturell und nicht unbedingt auch ökonomisch. Denn es ist nicht so, dass alle viel Geld mit ihrer Handelstätigkeit verdienen. Der Beruf ist beliebt: Er erfordert und ermöglicht eine gewisse Selbstständigkeit, man ist sein eigener Herr, unabhängig z.B. von der oft schlechten Bezahlung des Staates – und es entspricht einer grundsätzlich kulturell anerkannten Art des *kutafuta maisha*, sich seinen Lebensweg zu suchen – selbst wenn das natürlich auch scheitern kann.

Was war prägend für die historische, was ist prägend für die gegenwärtige Situation?

Zentral ist, dass die ökonomischen Beziehungen parallel zu verwandtschaftlichen Verbindungen verlaufen. Früher wurde das Ganze noch durch den Monsun gekennzeichnet. Es war klar, dass die Dhaus im Frühjahr ankommen und warten müssen, bis der Wind dreht, damit sie zurückreisen können. In der langen Wartezeit von einigen Monaten entstanden auch auf Sansibar viele Familien. Heute ist alles in gewisser Art schnelllebiger, und die Aufenthalte sind, wenn überhaupt, gebunden an Familienbesuche, Hochzeiten und Ähnliches. Gerade wenn Frauen in den Oman reisen, dann erhalten sie von ihren Freundinnen Aufträge: Kaufe mir bitte einen neuen *buibui*, ein Kleid oder ein Parfum, also klassische arabische Gegenstände, die mitgebracht werden müssen. Durch diese Produkte wird es möglich, seine Zugehörigkeit und kulturelle Identität zu demonstrieren und zu zeigen: Ich bin nicht Afrikanerin, ich habe Beziehungen nach Arabien.

Heute wie damals erstrecken sich die Familiennetze oft über viele verschiedene Orte: ein Bruder auf Sansibar, ein Onkel in Mombasa, eine Tante in England, eine Cousine in Kanada oder den USA, eine Schwester in Dubai, eine andere in Muscat. Dies macht die Translokalität aus, indem sich das Zuhause über mehrere Orte erstreckt und durch regelmäßige Besuche aufrecht erhalten wird.

Was kann man sich in diesem Kontext unter Translokalität vorstellen?

Orte werden als Ergebnisse von Beziehungen verstanden, nicht als präexistierende Einheiten. Sie werden erst durch die Menschen, Dinge und Ideen charakterisiert und gebildet, die durch sie hindurchfließen. Das kann schon auf der Haushaltsebene beginnen, welche Gegenstände zur Dekoration genutzt werden, welche Menschen im Haushalt leben, wie ihre Biographien aussehen und wie dies alles von unterschiedlichen Formen von Mobilität geprägt ist. Dadurch entsteht schließlich ein Raum, ein Zuhause, das über einen konkreten physischen Ort hinausgeht und stattdessen translokal wird.

Sie schreiben, dass Mobiltelefone eine bedeutende Rolle in der Mobilität von TansanierInnen spielen. Können Sie das erläutern?

In gewisser Weise ist die Erklärung dafür sehr banal, denn wenn sich Familien über sehr weite Distanzen erstrecken, ist das Handy sehr nützlich, um den Kontakt zu halten. Oft wird über Skype, Whatsapp oder Viber versucht, die Distanz zu überwinden. Mir geht es auf

der einen Seite um die Frage, wie der translokale Raum mit solchen Kommunikationstechnologien empfunden wird, auf der anderen Seite sind die Handys auch eine recht beliebte Handelsware, da sie sehr handlich sind und viele Leute gern häufig ihre Modelle wechseln.

Gibt es Immigrations- und Handelsbeziehungen, bei denen es sich ähnlich verhält?

Ich habe mich zu Anfang auch mit indischen Gemeinschaften beschäftigt. Dort gibt es sehr viele Gruppen, die gar nicht unbedingt viel miteinander zu tun haben und auch oft zu unterschiedlichen Zeiten gekommen sind. Viele InderInnen auf Sansibar sind während der Revolution weitergezogen, nicht zurück nach Indien, stattdessen waren Kanada und die USA beliebte Ziele. Sie sind in gewisser Weise auch Teil der Swahilikultur, aber oft noch etwas abgegrenzter. In den indischen Gemeinschaften spielt Handel ebenso eine Rolle, viele Kanga-Läden in Sansibar und Daressalam sind nach wie vor in indischer Hand. Ihre Familiengeschichten sind ähnlich, denn auch sie erstrecken sich über mehrere Generationen und verschiedene Orte.

Glauben Sie, dass zwischen dieser Gruppe der Sansibar-Omanis und Menschen ohne arabischen Ursprung im Lauf der Zeit eine Annäherung stattgefunden hat?

Ich glaube, dass dies vielen nicht so leicht fällt – wenn, dann eher im Kleinen, auf konkreter Nachbarschaftsebene zum Beispiel. So sind viele Menschen aus Sansibar und der dazugehörigen Insel Pemba nach Daressalam gezogen, weil es da wirtschaftlich versprechender ist. Viele der neuen Hochhäuser in Kariakoo wurden zum Beispiel von Menschen aus Pemba gebaut. Dort wie in anderen Wohnvierteln Daressalams versteht man sich auf nachbarschaftlicher Ebene schon, es gibt auch immer wieder Ehen, die übergreifend sind. Auf einer allgemeineren Ebene herrschen jedoch noch viel Misstrauen und Vorurteile. Gerade im Hinterland wird oft eine klare Trennung gelebt: In Tabora und Sumbawanga z.B. werden diejenigen mit arabischen Wurzeln klar als *Waarabu* bezeichnet. Dabei scheint es für diese *Waarabu* auch durchaus wichtig, diese Identität aufrecht zu erhalten, indem sie sich von Verwandten von der Küste besuchen und „arabisch“ ausstatten lassen: mit Kleidung, Dekoration, Gewürzen und Kosmetikartikeln. ***Das Arabisch-Sein zum Ausdruck bringen zu können, scheint für die Waarabu im Hinterland eine große Rolle zu spielen.*** In den Orten,

die ich kenne, verlief diese Trennung jedoch ohne Konflikte. Da sieht es an der Küste und in Sansibar leider immer wieder auch anders aus. Der politische Konflikt zwischen CCM und CUF führt dort oft zu hitzigen Auseinandersetzungen und gegenseitig sehr abwertenden und verurteilenden Diskursen. Das Verhältnis zwischen Sansibar und Festland sowie der Einfluss des Oman bzw. von Sansibari-Omanis ist sicher eine der entscheidendsten politischen und gesellschaftlichen Baustellen, die es derzeit zu bearbeiten gibt. Da verbirgt sich leider nach wie vor viel Konfliktpotential, das dem eigentlichen Ideal von Toleranz und Kosmopolitanismus, was in Sansibar so oft angepriesen wird, entgegenwirkt.

Arabischer Stil zum Eid al-fitr
Foto: Julia Verne

Bundesregierung und Weltbank vertreiben indigene Bevölkerung Tansanias

Alexa Lenz
studierte Politikwissenschaft in Regensburg und arbeitet derzeit an ihrem Master an der Universität München. Sie ist spezialisiert auf politisch motivierte Gewalt und die Transformation politischer Systeme. Ehrenamtlich engagiert sie sich bei Amnesty International und Caritas sowie bei der Kampagne Fluchtgrund.

Das auf 20 Jahre angelegte Großprojekt SAGCOT der tansanischen Regierung wird von der Weltbank, der weltweit größten Entwicklungsorganisation, mit einem Kredit über 70 Millionen Dollar gefördert. Die deutsche Bundesregierung stimmte dem Projekt zu. Ziel ist es, etwa zwei Millionen Menschen aus der Armut zu befreien und hunderttausende Arbeitsplätze zu schaffen. Menschenrechtsaktivisten und sogar die USA kritisierten das Vorhaben, die absehbaren Folgen seien Landraub, Landkonflikte und Ernährungsunsicherheit.[1]

So groß wie Italien ist die Fläche im Süden Tansanias, auf der in Zukunft großflächige Plantagen für Reis und Zucker, in Zusammenarbeit mit Weltkonzernen wie Nestlé, Unilever, Monsanto und Bayer, entstehen sollen. Auf Drängen der tansanischen Regierung stimmte die Weltbank zu, bei dem Projekt die Klausel für indigene Völker (Weltbank-Safeguards) außer Kraft zu setzen – und schaffte so einen Präzedenzfall zur Aussetzung ihrer eigenen Regelung. Im März wurde der Millionenkredit trotz Kritik bewilligt, mit Zustimmung der Bundesregierung. Niema Movassat, Bundestagsabgeordneter der Linken, wirft Deutschland als viertgrößtem Anteilseigner der Weltbank vor, weder die eigenen Versprechungen zu achten noch den Schutz der Indigenen zu berücksichtigen. Das Bundesentwicklungsministerium konterte, die tansanische Regierung habe zugesichert, Landrechte nicht

zu beeinträchtigen und gefährdete Gruppen zu schützen.[2]

Letztlich wird also das fruchtbarste Gebiet des Landes auf Wunsch der Regierung für ausländische Investitionen freigegeben werden. Doch bereits vor Projektbeginn berichteten zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und Einheimische von Vertreibungen: Mindestens 5000 Ureinwohner seien bisher betroffen und hätten ihre Lebensgrundlage verloren, berichtete die Süddeutsche Zeitung. Das Hilfswerk Misereor hatte bereits in den vergangenen Jahren weitere Landkonflikte dokumentiert. Auch staatliche tansanische Kräfte hätten sich Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen lassen, darunter Vergewaltigung und Totschlag.[3]

Einer der Betroffenen ist Salumu Kundaya Kidomwita, ein sechzigjähriger Nomade der Gruppe Barabaig, der von Viehzucht, Ackerbau und Jagd lebt. Er muss sein Dorf verlassen, um SAGCOT Platz zu machen – und das nicht zum ersten Mal. Bereits vor acht Jahren wurde er vertrieben. Damals entstand eine Reisplantage, dort wo sein Heimatdorf lag. „Es ist, als würden wir in Tansania nicht existieren. Es ist, als wäre es nicht unser Land", erzählt Kidomwita, „Wir leiden." Die Indigenen fühlten sich von der Regierung im Stich gelassen, würden als Eindringlinge bezeichnet, die auf den Feldern der sogenannten Investoren hausten.[4]

Eines der größten Probleme bei solchen Investitionen ist, dass die Bevölkerung ihr Land überträgt, ohne frühzeitig und umfassend über die Pläne sowie über Risiken und Auswirkungen des Verkaufs informiert zu werden. Auch ist in Tansania ein Großteil des Landes nicht amtlich registriert. Zwar lebt die Bevölkerung seit Generationen in den betroffenen Gebieten und bestellt dort die Felder, hat aber keinen offiziellen Landtitel. Dementsprechend oft werden die Rechte der Kleinbauern missachtet und ihre Interessen übergangen.[5] Außerdem machen die Investoren zahlreiche Versprechen, um die Bevölkerung von der Landvergabe zu überzeugen. Schulen, Infrastruktur, Krankenstationen und die generelle Optimierung der Lebensbedingungen sind nur einige davon. Auch eine verbesserte Job- und Einkommenssituation gehören dazu. Als Arbeiter auf den neu entstehenden Plantagen verdienen die Bauern allerdings nicht einmal

den nationalen Mindestlohn, zum Überleben keineswegs genug. Die Betriebe bedrohen außerdem die Ernährungssicherheit. Statt lebensnotwendigen Mais anzubauen, um die ansässige Bevölkerung zu ernähren, produzieren Investoren Lebensmittel für den Export. Die neuen Güter sind für die Bevölkerung nicht brauchbar, in der Konsequenz müssen sie teurer importierte Ware erwerben, für die sie kein ausreichendes Einkommen haben. Die großen Versprechen der Investoren bewahrheiten sich in der Regel nicht, die Bevölkerung ist enttäuscht, hilflos und vielerorts in ihrer Existenz bedroht.[6]

Auch ein Bericht des Misereor-Hilfswerks über SAGCOT urteilt, dass Kleinbauern nicht von Großprojekten profitierten. Hunger und geringes Einkommen als Plantagenarbeiter treiben die Menschen in die Not. Dieser Bericht lag auch der Bundesregierung vor, dennoch entschied sie sich, die Weltbankinvestition zu unterstützen.[7] Die Menschenrechtsorganisation Urgewald hält diese Entscheidung für bedenklich. „Das scheint ein Weg zu werden, wie man zwar auf dem Papier diese Standards beibehält, aber sie immer, wenn es opportun erscheint, einfach außer Kraft setzt, sobald sich irgendein Staat gegen die Anwendung wehrt", meint Knud Vöcking, Weltbankexperte bei Urgewald.[8] Bereits im vergangen Jahr geriet die Weltbank in die Kritik, nachdem die Auswertung offizieller Dokumente ergeben hatte, dass durch ihre Entwicklungsprojekte innerhalb von zehn Jahren etwa 3,4 Millionen Menschen umgesiedelt wurden oder ihre Lebensgrundlage verloren.[9]

gekürzte Fassung

aus: Alexa Lenz, earthlink e.V. (23. Juni 2016); http://www.fluchtgrund.de/2016/06/bundesregierung-und-weltbank-vertreiben-die-indigene-bevoelkerung-tansanias/

Quellen:

1./2. Deutsche Welle: Weltbank setzt Schutz von Indigenen in Tansania aus; 20.06.2016

3. Süddeutsche Zeitung: "Als würden wir nicht existieren"; 19.06.2016

4./7. Süddeutsche Zeitung: "Als würden wir nicht existieren"; 19.06.2016

5./6. Misereor: Ernährungssicherheit in Tansania: Die SAGCOT-Strategie schlägt fehl; 15.02.2016

8. tagesschau.de:Deutschland und die Vertreibungen in Tansania "... als wäre es nicht unser Land"; Stand 19.06.2016

9. NDR: Trotz Vertreibung von Ureinwohnern: Weltbank und Bundesregierung bewilligen Großprojekt in Tansania; Stand 19.06.2016

... and there is no doctor! Fachkräfteabwanderung im Gesundheitswesen

Elisabeth Steinle-Paul
ist seit 2002 Mitglied der HABARI-Redaktion. Sie hat mehrere Jahre in Tansania als Ärztin gearbeitet und pflegt seitdem vielfältige Kontakte dorthin. Derzeit ist sie in Stutttgart als Frauenärztin und Homöopathin in eigener Praxis tätig.

Ein kleines Krankenhaus in einer abseits gelegenen kleinen Stadt, nur über holprige Straßen zu erreichen, renovierungsbedürftige Gebäude, die Wasserversorgung nicht gesichert, Stromausfälle an der Tagesordnung. Das Labor liefert ausschließlich unzuverlässige Ergebnisse, der Gerätepark beschränkt sich auf ein Minimum an veralteten Apparaten, die häufig nicht funktionstüchtig sind. Jeden Morgen stehen schon vor Arbeitsbeginn lange Schlangen von Patienten vor der Ambulanz. Der einzige Kollege ist häufig unterwegs, beim übrigen Personal ständiger Ausfall und Wechsel. Fachärztlicher Rat und Unterstützung sind nur in der hunderte Kilometer entfernten größeren Stadt zu erhalten, dorthin müssen schwerkranke Patienten auch irgendwie transportiert werden. Das Gehalt reicht grade zum Überleben und wird nicht pünktlich bezahlt. Die Kinder gehen auf schlechte und überfüllte Schulen oder ins weit entfernte Internat, die Wohnsituation ist dürftig. Mit einem solchen Leben als Arzt in einem Distriktkrankenhaus erfüllt sich nicht der Traum junger Mediziner in Tansania. Doch selbst in größeren und besser ausgestatteten Häusern ist eine qualifizierte Arbeit so, wie man sich das vorstellt, meist nicht möglich. Und dann winkt da ein Angebot aus dem reichen Westen.

Dort sind mittlerweile Ärzte und Krankenschwestern aus dem Ausland sehr gefragt. Vor allem in abgelegeneren Gebieten gibt es auch in Deutschland Krankenhäuser, in denen kaum noch einheimische Mediziner praktizieren. Zu unattraktiv sind die Stellen.

Brain drain, Fachkräfteabwanderung, heißt das im Fachjargon. *Push factors* sind die schlechten Ausgangsbedingungen, *pull factors* die anziehenden: entsprechend höhere Bezahlung sowie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in dem angestrebten Ort, an dem sich ein Arzt zudem mehr Aufstiegsmöglichkeiten und eine größere Arbeitszufriedenheit erhofft.

Seit den 1990er Jahren ist in den Subsahara-Gebieten und auch Tansania das Phänomen *brain drain* zu beobachten. Damals wurde die Versorgungssituation im Gesundheitswesen aufgrund der Weltwirtschaftskrise auch in Tansania schlechter. Das Land musste sich den Vorgaben der Weltbank fügen und hoch verschulden. Als Folge der hohen Rückzahlungssummen vernachlässigte die Regierung den sozialen und gesundheitlichen Bereich immer mehr und fror den weiteren Ausbau ein. Im bislang kostenlosen Gesundheitssystem wurden Gebühren eingeführt, die Versorgung war nur durch ein Anwachsen des Nicht-Staatlichen-Sektors zu bewältigen. Außerdem belasteten und belasten ein hohes Bevölkerungswachstum sowie die weite Verbreitung von Krankheiten wie AIDS, Malaria und Tuberkulose das Gesundheitssystem schon über seine Grenzen. Die Qualität der Ausbildung, der Krankenhäuser und der medizinischen Infrastruktur insgesamt sank noch weiter. Ein Anreiz für viele ausgebildete Fachkräfte, ihren Arbeitsplatz woanders zu suchen. Zwar wurde im Gesundheitsplan 2009 schon ein neuer Anlauf zur Verbesserung der Verhältnisse genommen, aber im Wesentlichen ist die Situation nach wie vor unzureichend hinsichtlich der Ziele des *universal health coverage*.

Welche Dimensionen die Migration von Fachkräften wie zum Beispiel Ärzten für ein Land wie Tansania hat, ist bei näherer Betrachtung zu erahnen: 2008 arbeiteten laut Clemens und Petterson 1264 Ärzte im Inland, 1356 im Ausland, das sind 52 Prozent der tansanischen Ärzte. Tendenz anhaltend. Während die WHO als Minimum für eine ausreichende Betreuung 20 Ärzte auf 100 000 Einwohner beziffert, sind es in Tansania aktuell 5 pro 100 000 (in Deutschland 370 auf 100 000!). Dazu kommt eine extreme Ungleichverteilung innerhalb des Landes: Während die Kilimandscharo-Region noch relativ gut bestückt ist, sieht es in abgelegenen Gebieten wie Shinyanga und Tabora schon erheblich dürftiger aus (Krankenhauspersonal insgesamt: in Moshi

23 auf 10.000 Einwohner, in Shinjanga 0,0-1,0). Das bedeutet, dass ausreichender medizinischer Service nicht gewährleistet werden kann. Die Arbeitslast, vor allem auf dem schlecht versorgten Land, verteilt sich auf den Schultern der wenigen verbliebenen Ärzte mit der Folge von Überarbeitung und Motivationsverlust. Wie am Mnazi Moja Hospital in Sansibar kann der Betrieb teilweise nur noch mit Medizinstudenten, auch aus dem Ausland, aufrechterhalten werden. Die wiederum erhalten keine ausreichende Supervision und verspüren dementsprechend keinen Drang, später dann selbst in solch einer Situation tätig zu werden.

Abwanderung bedeutet außerdem einen enormen finanziellen Verlust für den Staat. Die Ausbildung zum Mediziner von der Schule bis zum Abschluss kostet etwa 27 000 US-Dollar. Die Aufwendung geht verloren, wird aber umgekehrt von den Ländern, die solche Fachkräfte einstellen, eingespart. Ausgewanderte Ärzte zahlen in Tansania auch keine Steuern – ein weiterer monetärer Verlust.

Diesen Einbußen stehen die Beträge gegenüber, die von den im Ausland tätigen Ärzten zur Unterstützung und Versorgung ihrer Familien in die Heimat zurückfließen. Das sind durchaus beträchtliche Summen (*Weltweit auf alle Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern bezogen, kamen im Jahr 2010 insgesamt 21 Billionen US-Dollar zusammen – mehr als die offizielle Entwicklungshilfe [Mills et al.2011]. Allerdings gehen davon nur 4% nach Afrika [Gupta, Pattillo and Wagh 2007]).* Für Tansania lassen sich die Rückflüsse wegen der informellen Überweisungswege nicht genau beziffern. Das Geld wird hauptsächlich für Konsumgüter, Wohnen und Land genutzt, jedoch wenig davon in Unternehmen investiert, die einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung leisten könnten. Kehren Fachkräfte dann doch zurück, profitiert das Land auch von ihren erweiterten Kenntnissen und Fähigkeiten sowie neu aufgebauten Netzwerken.

Durchaus sehen viele tansanische Ärzte und Medizinstudenten die Notwendigkeit, gerade in unterversorgten Regionen ihre Arbeitskraft einzusetzen. Aber eben nicht für den Preis eines deutlich schlechteren Lebensstils. Im Land bleiben die Menschen mit starken kulturellen und familiären Bindungen, die ihre sozialen Kontakte nicht aufgeben wollen. Vor allem solche Personen zu fördern und zu unterstützen, sollte eine wesentliche Aufgabe sein.

Weltweit ist die zunehmende Ungleichverteilung und das Ungleichgewicht an fachkundigem Personal ein wachsendes Problem. Internationale Lösungsansätze erwiesen sich bisher als ineffektiv. Der von der WHO erstellte Kodex zur Rekrutierung von Arbeitskräften besteht auf rein freiwilliger Basis und richtet sich lediglich an die Adresse der aufnehmenden Staaten. Die Ursprungsländer spricht er nicht an. Hilfreich wären eine Überarbeitung und mehr Verbindlichkeit. Um eine Verbesserung zu erreichen, ist außerdem eine Kooperation der beiden jeweils beteiligten Länder notwendig.

Auf nationaler Ebene gilt der Stadt-Land Unterschied als wichtiger zu berücksichtigender Faktor: Solange in ländlichen Gebieten sowohl fachliche Ausstattung als auch Qualifikationsmöglichkeiten deutlich schlechter abschneiden als in der Stadt und sich dazu die Lebensqualität so gravierend von urbanen Bedingungen unterscheidet, wird sich der gegenwärtige Trend ohne Anreiz eines finanziellen Ausgleichs kaum aufhalten lassen. Auch die tansanische Regierung ist gefragt, die schon im Human Resource for Health and Social Welfare Strategic Plan von 2009 das Problem benannt und Ziele und Maßnahmen formuliert hat. Ansätze zur Verwirklichung wurden zwar gemacht, Investitionen in die Ausbildung von mehr Ärzten und anderen Angestellten getätigt, die Struktur der Gesundheitseinrichtungen ausgeweitet und verbessert. Aber es bleibt noch viel zu tun, wie der neue Plan für 2014-2019 zeigt. Große Hoffnung wird auf bessere Informations-, Planungs- und Austauschkultur mittels moderner Medien gesetzt, ebenso auf qualitativ höhere Supervision und auf Angebote, die Arbeitsplätze attraktiver machen. Ob es dadurch gelingen wird, mehr Personal im

Land zu halten, wird sich zeigen, ist Abwanderung doch ein komplexes, globales Phänomen und mithin von vielen weiteren Faktoren abhängig.

Quellen u.a.:
Brain Drain of Health Professionals in Tanzania
By: Adinan Juma, Allen G. Kangalawe, Elizabeth Dalrymple Studie 2012
cip.cornell.edu/handle/dns.gfs/1351876999

http://sikika.or.tz/wp-content/uploads/2013/09/human-resources-for-health-in-Tansania

Health Policy Project 2015 http://www.healthpolicyproject.com/pubs/1881_BMAFPolicyBrief.pdf

Human Resource for Health and Social Welfare Strategic Plan 2016
http://www.tzdpg.or.tz/fileadmin/documents/dpg_internal/dpg_working_groups_clusters/cluster_2/health/Key_Sector_Documents/HRH_Documents/20140908_HRHSP_Final.pdf

Schaffen wir das oder sind wir geschafft? – Impressionen aus Deutschland

Helga Lippert
Die Buch- und Filmautorin arbeitete mehr als 30 Jahre als ZDF-Redakteurin für das heute journal und die archäologische Sendereihe TERRA X.

Marisa Sann
studierte Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Im Rahmen eines Freiwilligendienstes verbrachte sie ein Jahr in Tansania.

Kaum etwas hat in den letzten Jahren die Nation mehr gespalten als das inzwischen legendäre „Wir schaffen das!“ – verkündet von Angela Merkel am 4. September 2015. Seither wabert eine diffuse Furcht vor Flüchtlingen durch unser Land. Kein Tag vergeht, an dem nicht von Krise, Obergrenze, sexuellen Übergriffen oder Burka-Verbot die Rede ist. Die Palette reicht von seriös geäußerter Besorgnis über populistische Parolen bis zu reinen Hasstiraden.

Jede Minute verlassen 24 Menschen ihre Heimat – irgendwo auf der Welt: Weil Krieg und Bombenterror Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt haben. Weil sie in der Fremde für sich und ihre Kinder eine bessere Zukunft sehen. Weil sie Arbeit suchen. Weil ihnen als schwule Männer in ihrem Staat die Todesstrafe droht. Weil sie sich politisch engagiert haben und von der Regierung verfolgt werden. 65,3 Millionen Flüchtlinge – davon 40,8 Millionen Binnenflüchtlinge – sind weltweit unterwegs, so viele wie nie zuvor. (Das entspricht der Einwohnerzahl von Frankreich im Jahr 2011.) Von denen, die ins

Ausland gehen, stellen Syrer das größte Kontingent. Ihr Zuhause ist weitgehend zerstört und ein Ende der bereits fünf Jahre dauernden Kämpfe nicht in Sicht. Aber auch Iraker, Afghanen und Afrikaner aus verschiedenen Staaten suchen ihr Heil in Europa. Ganz oben auf der Wunschliste steht Deutschland, wo ein Haus, ein Auto und Unterhalt warten. Das zumindest versprechen die kriminellen Schlepperbanden, bevor sie den Geflüchteten das letzte Geld aus der Tasche ziehen. Ob auf dem Weg über den Balkan oder auf der noch gefährlicheren Route von Libyen über das Mittelmeer – inzwischen haben Tausende den Aufbruch ins Ungewisse mit dem Verlust der Gesundheit oder gar mit dem Leben bezahlt.

Nachdem 2015 die noch offenen Grenzen rund einer Million Asylsuchenden die teils unkontrollierte Einreise nach Deutschland erleichterten, versuchen die Behörden inzwischen, das Chaos zu bewältigen. Das ist auch dringend notwendig und gut so. Dass große Heerscharen von nicht registrierten Personen oder sogar solche mit gefälschten Pässen bei uns leben, sei der Überforderung von damals geschuldet, heißt es. 2016 wurden bisher 468.762 Asylanträge eingereicht – im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 139%. 41% der Gesuche haben Syrer gestellt (Anerkennungsquote 98%), 16% Afghanen, 14% Iraker. Kinder und Jugendliche unter fünfzehn Jahren sind in der Überzahl. Die meisten kommen mit ihren Familien, 10% jedoch unbegleitet. Die allein reisenden Minderjährigen gelten als besonders gefährdet – mehr als 10.000 von ihnen sind einfach verschwunden. Eine große Gruppe bilden Männer unter vierzig Jahren, die hoffen, bald ihre Angehörigen nachholen zu können.

Flüchtlinge werden zunächst verteilt auf die Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer – Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wo Registrierung, Einleitung des Asylverfahrens und medizinische Versorgung erfolgen. Jährlich ermittelt das EDV-System Easy die Quoten nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel: Zu zwei Dritteln zählen die Steuereinnahmen eines Bundeslandes, zu einem Drittel die Einwohnerzahl. Dass die Größe der Fläche keine Rolle spielt, verursacht einen Teil der Probleme, die vor allem Stadtstaaten wie Berlin mit der Unterbringung der Neuankömmlinge haben. Spitzenreiter ist Nordrhein-Westfalen mit 102.659 Erstanträgen, gefolgt

von Baden-Württemberg (67.069) und Bayern (64.585). Schlusslicht ist Mecklenburg-Vorpommern, dort wurden gerade einmal 5.400 Anträge gestellt. Im nächsten Schritt weisen die Ämter Asylbewerbern Städte oder Landkreise als Residenzort zu. Die Unterbringung ist sehr unterschiedlich geregelt. Ein Großteil lebt in Massenquartieren mit wenig Ruhe und Privatsphäre. Wohnungen sind Mangelware. Neben der Unterkunft sorgen die Behörden für Lebensmittel, Kleidung und Taschengeld: Ein Paar mit gemeinsam geführtem Haushalt erhält 122 € pro Person und Monat. Nach 15 Monaten besteht in der Regel Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch: Ein alleinstehender Erwachsener bekommt derzeit 404 € im Monat. Kinder und Jugendliche, die besonderen Schutz brauchen, kommen relativ schnell in Kindergärten und Schulen unter. In den großen Unterkünften haben NGOs Räume eingerichtet, wo sie spielen, malen und sich ausruhen können.

Viele der Flüchtlinge, die im letzten Jahr zu uns gekommen sind, leiden vor allem unter dem Mangel an Beschäftigung. Tatsächlich dürfen Asylbewerber in den ersten drei Monaten grundsätzlich gar nicht arbeiten, im folgenden Jahr nur dann eine Stelle annehmen, wenn es keinen anderen geeigneten Bewerber mit „sicherem“ Status gibt, erst nach 15 Monaten fällt die Vorrangprüfung weg. Inzwischen soll die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert werden. Während der oft zu langen Wartezeit auf ihre Aufenthaltserlaubnis können Männer und Frauen freiwillig an Deutschstunden teilnehmen, was jedoch nicht überall möglich ist. Wer schließlich die Hürde zum Asylberechtigten genommen hat, muss einen verpflichtenden Integrationskurs mit Sprachunterricht besuchen und sich mit „deutschen Werten“ auseinandersetzen.

Zahlen, Fakten, Daten. Und was ist mit den Menschen – auf beiden Seiten der Medaille? Das müssen wir selbst herausfinden, jeder auf eigene Art. Viele von uns haben schon weite Reisen unternommen – vielleicht sogar nach Tansania oder in einen anderen Staat irgendwo auf dem Globus, natürlich mit deutschem Pass und Rückflugticket in der Tasche. Wir haben von der Einen Welt geträumt und, seien wir ehrlich, ein bisschen Abenteuer gesucht, das Wissen um die Auslandskrankenversicherung im Hinterkopf. Jetzt kommt die Eine

Welt in Deutschland an und spricht Kurdisch, Arabisch, Urdu, Farsi oder Igbo – Kinder, Frauen, Männer. Sie sind entwurzelt, verzweifelt, traumatisiert, aber auch hoffnungsvoll und erleichtert. Ob sie je wieder nach Hause zurückkehren können, weiß niemand. Die meisten wollen sich bestimmt in unsere Gesellschaft einbringen, andere das Sozialsystem ausnutzen. Unsere Aufgabe ist es, stets differenziert zu urteilen, Äußerungen zu überdenken, auch Sorgen und Ängste unserer Mitbürger zu prüfen und ernst zu nehmen. Kritisch sein ist erlaubt. Bloß weil jemand geflüchtet ist, ist er noch lange kein Heiliger. Aber eben auch nicht von vornherein ein Betrüger oder Terrorist.

Ein Kabarettist aus Holland brachte es auf den Punkt: „Warum seid Ihr Deutschen eigentlich nicht stolz, dass alle nur zu Euch wollen?“ Stolz können wir in jedem Fall über Abertausende freiwilliger Helfer sein, ohne die viele staatliche Strukturen längst zusammengebrochen wären. Von Kleiderkammern, Essensausgabe, Kinderbetreuung bis zu Deutschunterricht und Hilfe bei der verzwickten Bürokratie – die Ehrenamtlichen kümmern sich landesweit nach wie vor unermüdlich um das Wohl der Fremden. Zum Glück berichten die Medien neben den täglichen Horrornachrichten auch über schöne Geschichten: etwa über einen Bäcker, der endlich zwei Lehrlinge gefunden hat. Die Jungen kommen aus Eritrea und kneten nun voller Freude Brotteig. All diese Menschen verleihen unserem Land ein freundliches, menschliches Gesicht neben der unwürdigen Fratze des Hasses. Vielleicht besinnen sich die ewig Gestrigen noch rechtzeitig. Bislang musste niemand wegen der Flüchtlinge auf etwas verzichten. Weil eine Bundeskanzlerin humanitär gehandelt hat und Rückgrat zeigt, sollte eigentlich nicht dermaßen auf sie eingeprügelt werden.

Flüchtlinge in Deutschland und Tansania

Ungefähr sechzig TeilnehmerInnen aus Buschhütten (Kirchenkreis Siegen) und Mbezi Luis (Kirchenkreis Magharibi, Daressalam) trafen sich vom 30.4. – 18.5. 2016 zu einer **Partnerschaftskonsultation** zum Thema „Migration – Chancen und Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft". Den Bericht an die Förderstelle bei Brot für die Welt fasst **Arnold Kiel** hier zusammen:

Deutschland

Flüchtlinge halten sich nach ihrer Ankunft etwa 2-3 Wochen in einer Erstaufnahmeeinrichtung auf, wo sie mit Fingerabdruck registriert werden, damit sie dies nicht mehrfach tun und entsprechende Leistungen beziehen können. Sie werden medizinisch untersucht und erhalten ein sogenanntes „Interview", in dem die Fluchtgründe benannt werden. Gemäß der Angaben soll später entschieden werden, ob es sich um politisch Verfolgte nach Artikel 16a des Grundgesetzes oder Flüchtlinge nach der Genfer Konvention oder aus sonstigen Gründen Geduldete handelt. Nur anerkannte Flüchtlinge haben Anspruch auf Schutz, nicht solche, die lediglich ein besseres Leben suchen. Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung arbeiten viele Ehrenamtliche mit, sei es in der Freizeitgestaltung, der Kleiderkammer oder bei Gottesdiensten.

Anschließend werden die Flüchtlinge nach einem bestimmten Schlüssel auf die Kommunen verteilt. Die Stadt Kreuztal setzt auf dezentrale Unterbringung, um die Integration zu fördern. Dazu mietet sie Häuser und Wohnungen an, damit sich die neuen MitbürgerInnen in der Nachbarschaft integrieren können. Viele möchten zwar in der Nähe von bereits in Deutschland lebenden Verwandten wohnen, jedoch sollten sie in einer eigenen Wohnung unterkommen, um selbständiges Leben in Deutschland zu lernen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass der Erwerb der deutschen Sprache die notwendige Voraussetzung zur Integration und zur Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt ist. Aus dem Beispiel türkischer Gastarbeiter, die sich seit 30 Jahren in Deutschland aufhalten, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen,

sollte gelernt werden. Für den Spracherwerb werden folgende Hilfen angeboten:

- VHS-Kurse
- ehrenamtliche Helfer, z.B. ehemalige Lehrer
- Für die Kinder müssen Kindergartenplätze gefunden werden. Einige Eltern wollen ihre Kinder nicht „hergeben". Jedoch ist es zum Erlernen der Sprache, der Kultur und der in Deutschland üblichen Werte wichtig, dass Kinder so früh wie möglich in den Kindergarten gehen.
- In der Hauptschule Kreuztal-Eichen wurde eine Willkommensklasse eingerichtet. Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist sehr heterogen. Unter ihnen sind sowohl Analphabeten als auch Jugendliche, die noch nie eine Schule besucht haben, als auch jugendliche Mütter. Nach sechswöchiger Eingewöhnungszeit wechseln die SchülerInnen in die Klasse „German as a second language", in der sie Deutsch lernen. Je nach Fortschritt nehmen sie Fach für Fach am Unterricht der übrigen Klassen teil, zunächst in Sport, Kunst, Erdkunde usw.
- Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung werden die Neuankömmlinge aufgefordert, sich aktiv um den Spracherwerb zu bemühen, um z.B. Wartezeiten sinnvoll zu überbrücken.

Mittlerweile ist nach drei Monaten Aufenthalt die Aufnahme einer Arbeit möglich. Unter den Flüchtlingen gibt es viele Ungelernte, für die es schwer ist, einen Arbeitsplatz zu finden. Aber selbst Akademiker haben Schwierigkeiten, z.B. Ärzte, weil ihnen die in Deutschland üblichen technischen Geräte unbekannt sind. Nach Auskunft des Landrats haben nach fünf Jahren Aufenthalt und Ausbildung ca. 50% der Flüchtlinge einen Arbeitsplatz.

In der Stadt Kreuztal halten sich zur Zeit Geflüchtete aus 32 Nationen auf, davon zwei Drittel Familien und ein Drittel alleinstehende Männer. Ein Fünftel stammt aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern", vornehmlich vom Balkan. Die Stadt Kreuztal verteilt keine Gutscheine, sondern lässt für jeden Flüchtling ein Bankkonto einrichten. Die Ausgaben machen 4% des Gesamthaushalts aus. Von allen Stellen wurden die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und der ehrenamtliche Einsatz gelobt, ohne die der Zustrom nicht zu bewältigen wäre. Auf mögliche, vor allem auch religiöse Spannungen angesprochen, teilte der Landrat mit: Unter den Flüchtlingen befinden sich hauptsächlich

Muslime. Einzelne Konflikte sind möglich, beispielsweise beim Thema „Gleichberechtigung der Frau“ oder „Homosexualität“. Es gäbe aber auch Christen, die mit diesen Themen Probleme hätten. Der Landrat warb für Sachlichkeit in den gesellschaftlichen Diskussionen: Man solle die Zuwanderung als Chance sehen, nicht als Bedrohung. Kurzfristig lasse sich der Zustrom bewältigen, dauerhaft aber nicht.

Tansania

In Tansania leben Flüchtlinge vornehmlich aus Ruanda, Burundi und Somalia. Fluchtursachen sind hauptsächlich Stammeskonflikte, ethnische Auseinandersetzungen (Ruanda, Burundi) und „Probleme mit dem Islam“ (Somalia). Die Flüchtlinge werden in grenznahen Camps untergebracht, die das Flüchtlingshilfswerk UNHCR betreibt, wobei NGOs Regierung und Kirchen unterstützen. Jeder Flüchtling kann so lange bleiben, wie er will, die Rückkehr ist freiwillig. Die Menschen dürfen allerdings das Camp nicht verlassen, außer zur Rückkehr oder falls sie tansanische Staatsbürger werden, was eher die Ausnahme ist. In den Camps gibt es Schulen, Kindergärten und Unterweisungen zum Thema „Wie kann ich meinen Lebensunterhalt verdienen?“ Die Gesamtsituation der Flüchtlinge in Tansania beschreibt der Satz: „Refugees have no option, they just survive.”

Natürlich gibt es auch Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung, etwa dann, wenn Flüchtlinge die zahlenmäßige Mehrheit bilden oder besser mit Strom und Wasser versorgt werden als die TansanierInnen, denn auf dem Land haben nur 8% der Bewohner Zugang zu Elektrizität und Leitungswasser. Daher erhält im Umkreis der Lager auch die einheimische Bevölkerung Unterstützung. Die Kirchen bieten in den Camps Evangelisationen und andere geistliche Dienste an.

Unsere tansanischen Gäste zeigten sich sehr erstaunt, dass in Deutschland Wohnungen und Häuser für Flüchtlinge angemietet werden. Sie bewunderten ihre gute Versorgung und den ehrenamtlichen Einsatz der freiwilligen Helfer. Für die Übernahme des deutschen Modells müsste Tansania jedoch technisch besser ausgestattet sein – zum Beispiel mit Fingerabdruckscannern, um unkontrollierte Bewegungen von Flüchtlingen im Land zu vermeiden. Unsere Gäste stellten folgende Fragen:

• Welche Motive haben die Flüchtlinge, ausgerechnet nach Deutschland zu kommen? Warum gehen sie nicht in ein arabisches Land wie z.B. Kuwait oder Oman?
• Warum haben sie die Möglichkeit, sich das Land auszusuchen, in das sie flüchten wollen?

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Das deutsche Modell mit Ziel der Integration ist kosten- und personalintensiv und erfordert die Mitarbeit vieler Ehrenamtlicher, bietet dabei aber die Chance, dass die Hälfte der Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt und Ausbildung einen Arbeitsplatz erhalten könnte.

Das tansanische Modell mit dem Ziel freiwilliger Rückkehr nach Wegfall der Fluchtursachen ist für ein Entwicklungsland viel einfacher umzusetzen, bietet allerdings bei Weiterbestehen der Fluchtgründe auch keine Perspektiven für die Flüchtlinge im Aufnahmeland.

Abgerundet wurde das Thema „Migration“
• durch eine Führung im „Aktiven Museum Südwestfalen“ zur Geschichte der Juden im Siegerland. Dabei fanden besonders die Themen „Ausgrenzung“, „Diskriminierung“ und „Umgang mit dem Fremden und Andersartigen“ Beachtung.
• durch eine Führung im „Haus der Geschichte“, Bonn. Im Mittelpunkt stand die Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland, es wurden Parallelen gezogen zwischen dem Zaun an der ehemaligen Grenze der beiden deutschen Staaten, der die Flucht von Ost nach West verhindern sollte, und dem aktuellen Bau von Grenzzäunen in Südosteuropa zum Stoppen der Flüchtlingsströme.
• Mitglieder des Partnerschaftskreises, der Kirchengemeinde und des örtlichen CVJM engagieren sich bereits ehrenamtlich für Flüchtlinge und Migrantenkinder z.B. als Lernpaten oder als Deutschlehrer. Stellvertretend berichtete ein Betreuer von seiner Arbeit in einer Einrichtung für unbegleitete Flüchtlingskinder in Kreuztal-Kredenbach.

„3 for one goals“: face-to-face-Programm – Schulpartnerschaft auf Augenhöhe

Laura Zoe Hake
studiert Geographie im Master mit Schwerpunkt „Entwicklung und Globalisierung“ und ist bis Ende Oktober 2016 in Tansania, um den Workshop zum Thema „Heimat – Flucht – Grenzen“ an der Mwanga High School durchzuführen.

„PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt e.V." fördert und unterstützt Partnerschaften zwischen Schulen des Globalen Südens und Globalen Nordens. Dadurch sollen interkulturelle Kompetenzen gestärkt werden und SchülerInnen sowie LehrerInnen über globale, kulturelle und gesellschaftsrelevante Fragestellungen voneinander lernen. Die Schulen können den Austausch unterschiedlich vornehmen: durch Brief- und/oder E-Mail-Kontakt, parallele Gestaltung gleicher Unterrichtseinheiten oder auch durch Begegnungsreisen zu einem bestimmten Thema.

Das Projekt „3 for one goals" verbindet seit 2011 SchülerInnen von drei Partnerschulen: Die Humboldtschule in Bad Homburg (Hessen), das Lycée Georges Dumézil in Vernon (Frankreich) und die Mwanga High School in Mwanga (Tansania). Ziel ist es, dass die SchülerInnen mehr über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Sichtweisen auf bestimmte Fragestellungen erfahren und sich untereinander austauschen. Sie setzen sich mit sozialen Themen auseinander, die sich insbesondere auf Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften sowie auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen beziehen.

Im November 2016 werden SchülerInnen aus Vernon das Bad Homburger Gymnasium besuchen und gemeinsam einen Workshop

Schüler der Mwanga Highschool
Foto: Laura Zoe Hake

zum Thema „Heimat - Flucht - Grenzen“ abhalten. Um die tansanischen SchülerInnen einzubeziehen, findet aktuell (von Anfang September bis Ende Oktober 2016) mit Unterstützung von PROBONO an der „Mwanga High School“ ein Workshop zu demselben Thema statt. Dabei sollen die TeilnehmerInnen einen vergleichenden Überblick über die Situation von MigrantInnen in den drei Ländern gewinnen und ihre persönliche Wahrnehmung von Heimat, Flucht und Grenzen diskutieren. Während des Projekts gestalten die SchülerInnen verschiedene Medien wie Geschichten, Bilder, Collagen oder Mindmaps, die im November an der Humboldtschule vorgestellt werden. Zur Vermittlung der Ergebnisse aus Bad Homburg und Vernon an die KameradInnen in Mwanga soll ein Austausch über E-Mail stattfinden.

Mehr über PROBONO Schulpartnerschaften für eine Welt e.V. sowie das „3 for one goals": www.probono-oneworld.de

Projekt: http://www.humboldtschule-hg.de/unterricht/faecherwahlunterricht/sprachen-und-aesthetische-bildung/franzoesisch/trinationales-projekt/

Übersicht über Partnerschaften mit Tansania

Arnold Kiel
ist Pfarrer im Ruhestand, war in Tansania mit seiner Frau, Dr. Christel Kiel, 14 Jahre in der Maasai-Mission tätig.

Wer schon immer wissen wollte, welche Verbindungen mit Tansania es in seiner näheren oder weiteren Umgebung noch gibt, hat dazu folgende Möglichkeiten:

Für alle evangelischen Partnerschaften existieren entsprechende Portale – für Norddeutschland über **http://partnerschaften.weltweit.de**, für den Westen Deutschlands über die Vereinte Evangelische Mission in Wuppertal (**afrika@vemission.org**), für den Süden über Mission EineWelt in Neuendettelsau (**reinhild.Schneider@mission-einewelt.de**) und für den Osten über das Leipziger Missionswerk (**Info@LMW-mission.de**).

Darüber hinaus gibt es eine im Aufbau befindliche Liste von Partnerschaften, die auch katholische Kontakte, Kommunen, Schulen, Gruppen und Institutionen sowie Universitäten und sonstige erfasst, und zwar nach Postleitzahlen geordnet von 01067 bis 97070. Weitere Informationen über **ar_kiel@t-online.de.**

Buchbesprechung

M.G. Vasanji

The Magic of Saida

ISBN 978-0-385-66714-2
Doubleday Canada 2012, 305 Seiten, 15,99 EUR

von Arnold Kiel

Migration hat die Kultur in Sansibar und entlang der gesamten Küste von Lamu bis Lindi in besonderer Weise geprägt. Afrikanische Sklaven aus dem Hinterland bis zum Kongo sowie die Inder in Ostafrika könnten davon ein Lied singen. Tatsächlich ist ihre Geschichte in alter Swahili-Poesie festgehalten (Omari bin Tamim) und bildet den Hintergrund zu einem bewegenden Roman des Afro-Inders Moyez G. Vassanji.

Das Leben von Kamal Punja entfaltet sich im Rückblick auf die verschiedenen Stationen seines Weges. Die Vorfahren stammen aus Indien (Gujurat), sein Vater wird Arzt, geht nach Sansibar und wird von dort nach Kilwa geschickt. Er verlässt seine Frau, als Kamal vier Jahre ist. Der Junge entwickelt eine enge Freundschaft zu der kleinen Saida, mit der er viel Zeit verbringt. Kamals Mutter, deren afrikanische Vorfahren Sklaven waren, schickt ihren Sohn dann zu Verwandten nach Daressalam, damit er in indischer Tradition aufwächst. Als zunächst verachteter „half cast“ (chotara) beißt er sich durch, wird Klassenbester und für ein Medizinstudium in Kampala auserwählt. Bevor er dorthin aufbricht, fährt er noch einmal nach Kilwa und erlebt eine schicksalhafte Begegnung mit Saida, die inzwischen verheiratet ist.

Nach Uganda reist er zusammen mit seiner indischen Schulkameradin

Shamim. Die beiden Studenten kommen sich im Lauf ihrer Ausbildung näher; kurz vor der geplanten Verlobung taucht Saida mit einem Kind bei Kamals Patenfamilie in Daressalam auf, wird aber abgewiesen. Davon erfährt Kamal erst Jahrzehnte später. Längst lebt er als Arzt in Kanada, hat Shamim geheiratet, zwei Kinder in die Welt gesetzt, sich inzwischen aber von seiner Frau getrennt. Er reist zurück nach Tansania. Auf der Suche nach seiner Jugendliebe Saida kommt es zu einem dramatischen, tragischen Ende.

Die Literaturwissenschaftlerin Asma Sayed würdigt in ihrer Rezension die facettenreiche Aufarbeitung historischer Fakten: „Vassanjis beachtliche Recherche gibt einen Einblick in gewisse Einzelheiten der deutschen Besetzung von Ostafrika und des Maji-Maji-Aufstands („Wasserkrieg"), in die Versklavung von Ostafrikanern und die sexuelle Ausbeutung afrikanischer Konkubinen durch Inder, den Export afrikanischer Sklaven nach Indien und die dort entstandenen Gemeinschaften der sogenannten Sidis, schließlich in Idi Amins Grausamkeiten gegen Asiaten in Uganda, die zum erzwungenen Exodus in alle Welt, einschließlich Kanada führten." (Book Reviews März 2013, Universität von Alberta)

Geschrieben in anspruchsvollem Englisch, vermitteln treffende Schilderungen selbst von Details sowie eingestreute Swahili-Ausdrücke (jeweils übersetzt) authentische Atmosphäre. Dazu spannend bis zur letzten Seite, die Lektüre ist ein Genuss.

Buchbesprechung

William E. Mkufya

Blume des Trostes

ISBN 978-3-00-051299-5
Edition Pamoja, Berlin 2016
aus dem Swahili von Barbara Schmid-Heidenhain, 19,90 EUR

Christel Kiel
Pastorin i. R., war mit ihrem Mann Arnold Kiel 14 Jahre in der Maasai-Mission tätig.

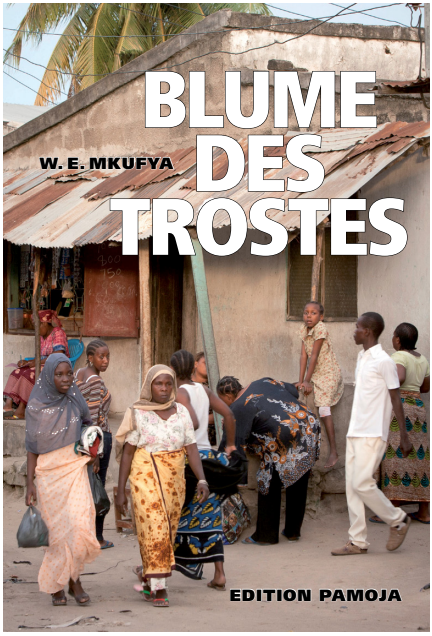
Der 2004 in Daressalam erschienene Roman *Ua la Faraja* des Shambaa-Lehrers W. E. Mkufya ist die anschauliche Schilderung eines Luo, der als fest angestellter Buchhalter einer deutschen Fischfirma mit gutem Gehalt in der großen Küstenstadt Tansanias lebt. Eigenartigerweise ist der schon 27-jährige Omolo noch nicht verheiratet. Er scheut vor einer festen Bindung zurück, da er als kleines Kind seinen Vater durch Krankheit und seine Mutter einige Zeit später durch einen Unfall verlor und den furchtbaren Schmerz eines solchen Verlustes eigenen Kindern nicht zumuten will. Omolo ist sowohl was Alkohol als auch was Sex betrifft, sehr vorsichtig und maßvoll. Gut afrikanisch ist er jedoch ein hilfsbereiter Nachbar und muss miterleben, wie die neben ihm wohnende Familie durch das zügellose Verhalten des Vaters belastet und letzten Endes auseinander gerissen wird.

Eindringlich schildert das Buch die Notwendigkeit, einer möglichen Infektion mit dem HI-Virus durch einen frühen Bluttest ins Auge zu sehen. Differenziert macht es den Verlauf einer zu spät behandelten AIDS Erkrankung deutlich und beschreibt die Chancen, welche durch gute medizinische Beratung und Behandlung zur Lebensverlängerung

– auch in Tansania – schon bestehen.

Die Erklärungen des Muhimbili-Krankenhaus-Arztes Dr. Hans geraten in Teilen zu schulmäßig, aber reizvoll sind die Beschreibungen des unbeschwerten Daressalamer Abendlebens und die für Europäer in ihrer Bildsprache sonst meist unverständlichen subtilen Dialoge zwischen den Geschlechtern. Beerdigungsriten und die Rolle der nach Ethnien geordneten „Watani“, der „Spaßmacher und Erheiterer“, in Grenzbereichen eines Lebens wie Hochzeit und Trauerfall lernen deutsche Leser ganz nebenbei auch noch kennen.

Einen einheitlichen Rahmen gewinnt das Buch durch die von Anfang bis zum Ende immer wieder hartnäckig gestellte Frage: „Warum und wozu leben wir?“ Eine sinnvolle Frage, nicht nur im Angesicht der Bedrohung durch AIDS.



Termine

29. bis 30. Oktober 2016

Tanzania-Network.de Studientag:
GERECHTIGKEIT IM AUSVERKAUF?!
Wie Ressourcenabbau und Megaprojekte Menschenrechte und Verteilungskonflikte beeinflussen

in Berlin
eine Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Nähere Informationen zu diesem Termin und weitere Veranstaltungshinweise finden Sie unter www.tanzania-network.de

Tanzania-Network.de e.V.
Koordinationsstelle
Kameruner Straße 1 | 13351 Berlin
Fon +49 (0)30 41 72 35 82 | Fax +49 (0)30 41 72 35 83
ks@tanzania-network.de | www.tanzania-network.de

Bankverbindung
Tanzania-Network.de e.V.
Sparkasse Bielefeld | Konto-Nr. 33 133 331 | BLZ 480 501 61
IBAN DE55 4805 0161 0033 1333 31 | Swift-BIC SPBIDE3BXXX

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das Tanzania-Network.de e.V. verantwortlich; die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global GmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Redaktion
Silke Harte, Melanie Deter, Arnold Kiel, Helga Lippert, Marisa Sann, Naima Braun, Elisabeth Steinle-Paul, Tilmann Sager, Maximiliane Rauch-Zumbrägel, Daniela Tschuschke.
Naima Braun ist verantwortlich für die Redaktion im Sinne des Pressegesetzes.
Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu bearbeiten. Die Artikel im vorliegenden Heft spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Interessierte sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen! ks@tanzania-network.de

Druck: Druckservice Siegen, Birlenbacher Straße 40, 57078 Siegen

FSC® Die zur Herstellung eingesetzten, elementar chlorfrei (ECF) gebleichten Zellstoffe stammen zu 100 % von Hölzern aus vorbildlicher, FSC-zertifizierter Waldwirtschaft.

Habari-Abonnement

Name ..... Vorname .....
Straße ..... PLZ | Ort .....
Telefon ..... E-Mail .....

☐ Ich bitte / wir bitten das Tanzania-Network den Beitrag für das Abonnement (24,– / vier Ausgaben pro Jahr) bis auf Widerruf, erstmals ab (Folgejahr) von folgendem Konto im Wege des Bankeinzugsverfahrens einzuziehen:

Inhaber ..... Geldinstitut .....
Konto-Nr. / IBAN ..... BLZ / BIC .....

☐ Ich zahle / wir zahlen das Abo (24,– / vier Ausgaben pro Jahr) und evtl. Spenden durch Überweisen auf das Konto des Tanzania-Network

....
Ort, Datum Unterschrift